

2021/21 Disko

<https://jungle.world/artikel/2021/21/die-beste-chance>

Der »Green New Deal« kann ein Schritt in Richtung Sozialismus sein

Die beste Chance

Von Jörn Schulz

Nur ein »Green New Deal« kann Klimaschutz und Sozialpolitik verbinden, aber auch die Gewerkschaftsmacht stärken und zur Verbreitung sozialistischer Ideen beitragen.

Die Linke hat versagt. Da wir nicht im Sozialismus leben, ist diese Aussage zweifellos richtig – aber sie hat auch einen moralisierenden Unterton, da das Versagen in der Regel nicht auf gesellschaftliche Entwicklungen zurückgeführt, sondern mit einer Schuldzuweisung verbunden wird. Implizit oder explizit ist sie fast immer mit der Behauptung verbunden: Wenn ihr nur beizeiten auf mich gehört hättet, stünden wir viel, viel besser da!

Das aber ist eine Illusion, in marxistischer Begrifflichkeit ausgedrückt: Voluntarismus, der Glaube, mit bloßem Willen Klassenkampf und soziale Emanzipation vorantreiben zu können. Die wichtigste gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte in den industrialisierten Staaten war die Entsolidarisierung innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in Deutschland von knapp 34 Prozent im Jahr 1960 auf etwa 17 Prozent gefallen, in Frankreich und den USA liegt er in der Privatwirtschaft bei unter zehn Prozent. *Union busting*, gewerkschaftsfeindliche Politik der Unternehmer, ist dafür keine hinreichende Erklärung, denn der Druck war in früheren Zeiten eher höher, die Folgen einer Entlassung waren verheerender.

Wenn mit einer demokratischen Mehrheitsentscheidung neue Industrien geschaffen werden, aber die Ölindustrie sich zu lange hält – warum nicht die Bohrtürme stilllegen?

Man kann – und sollte – darüber streiten, ob der Zerfall der traditionellen Arbeiterkultur Symptom oder Ursache dieser Entwicklung war. Man muss dieser patriarchal sowie oft von einem Schweiß und Mühsal preisenden Arbeitsethos geprägten Kultur auch nicht nachtrauern. Immerhin aber war Solidarität gegen die Vorgesetzten fast immer eine Selbstverständlichkeit, und es gab ein elementares Klassenbewusstsein, das Ehrgeizige und Angepasste daran hinderte, ihren Vorteil auf Kosten der Kollegen zu suchen.

Entscheidend ist, dass sich seither nichts Vergleichbares mehr herausgebildet hat. Die Entindustrialisierung ist dafür keine hinreichende Erklärung. Die meisten Entlassenen setzten ja, um eine Demütigung reicher, ihr Erwerbsleben fort. Auch jungen Lohnabhängigen kann der ausbeuterische Charakter des Kapitalismus, ob im Callcenter, der Systemgastronomie oder der Lagerhalle, schwerlich entgehen. Dennoch ist der Anteil der Lohnabhängigen, die die Werte der Konkurrenz und der Selbstoptimierung verinnerlicht haben, in der westlichen Welt so hoch wie wohl noch nie zuvor.

Eine genauere Analyse dieser verheerenden Entwicklung kann helfen, Gegenstrategien zu entwerfen. Vorläufig aber muss linke Politik, ob sie sich nun als revolutionär oder reformistisch versteht, mit der real existierenden Klasse der Lohnabhängigen zurechtkommen. Der einzige Lichtblick ist hier eben jene oft als »Lifestyle-Linke« abqualifizierte und sogar für den Niedergang sozialer Kämpfe verantwortlich gemachte Bewegung, die für die Gleichstellung der in Hautfarbe oder Sexualität von der Norm abweichenden Minderheiten, aber auch für soziale Belange kämpft.

Das ist im besten Sinne bürgerlich, da es um die Verwirklichung des Gleichheitsgrundsatzes geht, aber da Bourgeoisie und Liberale einmal mehr ihre Aufgabe nicht erledigen, muss die Linke das übernehmen.

Zur Kenntnis genommen und vom konservativen Feuilleton freudig skandalisiert werden vornehmlich die identitätspolitischen Exzesse eines akademischen Milieus, das zu Unrecht als repräsentativ für eine größere soziale Bewegung gilt. Diese entstehende neue Sozialdemokratie ist ideologisch noch unbestimmt, Widersprüche werden selten offen ausdiskutiert, da dies – kein Novum in der Linken – als gefährlich für die Einheit der Bewegung gilt. In manchen Fällen ist das politische »Establishment« ein notwendiges Korrektiv, zum Beispiel wenn es darum geht, den antizionistischen Furor linker US-Demokraten im Zaum zu halten. Dem linken Flügel der Demokraten ist es allerdings zu verdanken, dass die Partei im vorigen Jahr mit der fortschrittlichsten Wahlplattform der US-Geschichte antrat – und zur Überraschung vieler radikaler Linker folgt US-Präsident Joe Biden diesen politischen Leitlinien.

Sein erstes großes Vorhaben, der American Jobs Plan, verknüpft Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Der Umstieg auf erneuerbare Energien soll unter anderem mit dem Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und dem Bau von erschwinglichen Wohnungen sowie der Schaffung von *union jobs* (tarifgebundenen Arbeitsplätzen mit gewerkschaftlicher Vertretung im Betrieb) verknüpft werden. Ambitioniertere Vorhaben nach diesem Muster sollen folgen.

Es gibt aus linksradikaler Sicht zahlreiche Kritikpunkte. Biden betont die Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Profitchancen, die sich den US-Unternehmen böten. Auch ist fraglich, ob die Elektromobilität in Gestalt zwei Tonnen schwerer Tesla-Limousinen eine sinnvolle Innovation ist. Dennoch ist der »Green New Deal« – den Biden nicht so nennen will, um gemäßigte Republikaner nicht durch den Bezug auf Franklin D. Roosevelt zu verschrecken – die einzige Möglichkeit, den Klimaschutz nicht durch Klassenkampf von oben, also durch die Senkung des Konsumniveaus der Lohnabhängigen, voranzubringen. Überdies bietet sich die Chance, die Gewerkschaftsmacht wieder zu stärken und sogar die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in Frage zu stellen.

In Deutschland wird bis weit in die Linke hinein der Klimaschutz als neues Feld der Selbstoptimierung aufgefasst – man tritt in den Wettbewerb um einen immer kleiner werdenden »ökologischen Fußabdruck« ein. Da sich herumgesprochen hat, dass freiwilliger Verzicht nicht genügen wird, soll ein höherer CO₂-Preis Abhilfe schaffen, wobei den Armen eine finanzielle Kompensation in Aussicht gestellt wird. Das Dilemma ist offensichtlich: Wird der finanzielle Verlust ausgeglichen, gibt es keinen Sparanreiz, ist das nicht der Fall, frieren die Armen in ihren Wohnungen. Es gilt in Deutschland als sozial gerecht, wenn, wie kürzlich von der Bundesregierung beschlossen, die Mieterinnen und Mieter »nur« die Hälfte der mit dem CO₂-Preis steigenden Heizkosten bezahlen, obwohl sie nicht den geringsten Einfluss darauf haben, wie ihre Wohnung beheizt wird – das von Svenja Schulze (SPD) geführte Umweltministerium nennt das »soziale Abfederung«.

Es dürfte schwierig genug sein, patriarchale Ressentiments gegen den Klimaschutz zu überwinden. Noch immer empfinden es viele Männer als symbolische Kastration, wenn ihnen der röhrende Motor genommen werden soll. Hier bedarf es einer hedonistischen Konsumkritik, die sich unter anderem gegen das nicht ausschließlich – etwas mehr als ein Viertel der Kfz-Versicherungen für SUVs werden von Frauen abgeschlossen –, aber überwiegend männlich geprägte Statusdenken wendet und ein besseres Leben jenseits der Romantisierung von Natur und »Mutter Erde«, aber auch der Anhäufung blinkender Gadgets propagiert. Wird der Treibstoff für Dorfbewohner hingegen unerschwinglich, ohne dass öffentliche Transportmittel bereitstehen, ist der Protest gegen den als Klimaschutz getarnten Klassenkampf von oben berechtigt. Zudem wird eine Klimapolitik, die auf der Senkung der Nachfrage basiert, unter dem doppelten Druck des sozialen Protests und des Widerstands der auf fossile Brennstoffe angewiesenen Kapitalfraktionen ihre Reduktionsziele nicht erreichen können.

Es ist keineswegs sicher, dass dies mit einem »Green New Deal« gelingt. Dieser verbindet jedoch den Klimaschutz mit den sozialen Interessen vieler Millionen Lohnabhängiger und stellt ein besseres Leben statt Verzicht in Aussicht. Staatskapitalistische Investitionen in Billionenhöhe sollen fossile Brennstoffe vom Markt verdrängen – dies wird auf den Widerstand der betroffenen Kapitalfraktionen stoßen. Dieser Konflikt könnte eine Radikalisierung des »Green New Deal« bewirken. Wenn auf der Grundlage einer demokratischen Mehrheitsentscheidung neue Industrien geschaffen werden, aber beispielsweise die Ölindustrie sich dennoch zu lange hält – warum dann nicht direkt eingreifen und die Bohrtürme stilllegen? Oder gar die wirtschaftliche Entwicklung demokratisch planen?

Ein Rückblick auf Roosevelts »New Deal« ist allerdings hilfreich. In der zweiten Hälfte der dreißiger wurde die US-Gewerkschaftsbewegung zu einer ernstzunehmenden Macht. Ob es erneut zu einer solchen Dynamik kommt, lässt sich schwer vorhersehen, zweifellos aber verbessern gewaltige staatliche Investitionen, die Millionen Arbeitsplätze schaffen, die Verhandlungsposition der Lohnabhängigen, schon weil sie die Konkurrenz entschärfen, und erst recht, wenn sie mit der gezielten Förderung von *union jobs* einhergehen.

Den Rest müssen Lohnabhängige und soziale Bewegungen schon selbst erledigen, geschenkt wird einem im Kapitalismus bekanntlich nichts. Ohne Druck von unten dürfte der »Green New Deal« scheitern, doch ist ein solches Programm in industrialisierten Staaten die einzige Möglichkeit, Klimaschutz und Sozialpolitik zu verbinden, und der beste Ansatzpunkt für sozialistische Politik. Eine bessere Chance wird es nicht mehr geben. Die kommenden zehn Jahre sind entscheidend für die Begrenzung des Klimawandels; bei kaum geminderter globaler Erwärmung kann Sozialismus in einigen Jahrzehnten möglicherweise nur noch Gerechtigkeit bei Katastrophenschutz und Elendsverwaltung bedeuten.

© Jungle World Verlags GmbH

<https://jungle.world/artikel/2021/26/alternative-zur-barbarei>

Der kapitalistische Wachstumszwang führt in die ökologische Katastrophe

Alternative zur Barbarei

Disko Von **Axel Berger**

Viele Ideen vom Ende des Wirtschaftswachstums sind naiv und gefährlich. Der kapitalistische Wachstumszwang muss dennoch überwunden werden.

Die ökologische Apokalypse, so pflegte ein alter Freund in den düsteren neunziger Jahren häufig nach einigen Bieren zu sagen, sei die einzige Chance, im Kampf gegen das Kapital wenigstens noch ein Unentschieden herauszuschlagen. Auch wenn sich diese These kaum als stimmig erweisen dürfte – es werden sich selbst aus diesem Szenario Profite ziehen lassen, die herrschende Klasse wird sich die letzten lebenswerten Räume auf dem Planeten aneignen und die Zeche werden die Proletarisierten zahlen müssen –, so hatte er doch immerhin die Lacher auf seiner Seite.

Was als Zynismus, mindestens aber Fatalismus, erschien, drückte gleichzeitig die verzweifelte Alternative aus, die Rosa Luxemburg nach den grauenhaften Erfahrungen des Ersten Weltkriegs ihren Genossen auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands an Neujahr 1919 zurief: »Sozialismus oder Barbarei«. Wer aber wollte heutzutage noch diese antiquiert anmutende, nach den Erfahrungen des Stalinismus

zudem diskreditierte und wegen des weitgehenden Fehlens einer kämpferischen Klassenbewegung samt organisierter sozialrevolutionärer Avantgarden längst vergessene Parole aussprechen? »In den meisten Ländern bezeichnet man als ›die Linke‹ mittlerweile einfach die politischen Kräfte, die keynesianische Maßnahmen und Einkommensumverteilung befürworten«, stellte der marxistische Ökonom und Philosoph Paul Mattick Jr. 2011 während der letzten großen Wirtschaftskrise resigniert fest.

Eine stagnierende oder gar rückläufige Akkumulation kann innerhalb des kapitalistischen Systems nur zu noch mehr Massenelend, Arbeitslosigkeit, Unterversorgung und Kriegen führen.

Angesichts der diversen mehr als dringenden Probleme, die in ihrer Gesamtheit die »ökologische Krise des Kapitalismus« (Elmar Altvater) konstituieren, ist es daher kaum verwunderlich, dass sich diese Tendenz derzeit noch verstärkt. Der »Green New Deal« ist nur das populärste Schlagwort für die Idee, die Rettung der Welt ausgerechnet an den »Staat des Kapitals« (Johannes Agnoli) zu delegieren, wie es Norbert Trenkle zu Recht kritisiert hat. Dass zum Beispiel die neue US-Regierung sich bei ihren Programmen an der »Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit« orientieren wird, wie Jörn Schulz eingesteht, liegt nicht etwa am Verrat an der grünen Sache oder einem falschen Manöver auf umkämpftem Terrain, sondern ist schlicht durch die Zwänge des Staats begründet, sich aus der Verwertung der produktiven Kapitale zu speisen – und zugleich zumindest mittelfristig nicht alles gegen die Wand fahren zu lassen.

So sehr sich ökologische Reformen gegen die Interessen einzelner, eventuell besonders destruktiver Kapitale richten können, und so nachvollziehbar Schulz' Befürchtung sein mag, dass »Sozialismus in einigen Jahrzehnten möglicherweise nur noch Gerechtigkeit bei Katastrophenschutz und Elendsverwaltung bedeuten« könnte, so wenig nachvollziehbar ist daher die Hoffnung, dass ausgerechnet durch einen »Green New Deal« »die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in Frage« gestellt werden oder sich gar eine »postkapitalistische Wendung« – was auch immer dieser etwas obskure Begriff aussagen soll – ergeben könnte, wenn die Linke nur geschickt genug taktieren würde, wie Ronja Morgenthaler und Lasse Thiele in Anlehnung an Erik Olin Wright und Antonio Gramsci vorschlagen. Vielmehr bietet diese Strategie – und dafür könnte man nicht zuletzt die Erfahrungen aus dem historischen New Deal oder der linkskeynesianischen ersten Labour-Regierung Großbritanniens nach dem Zweiten Weltkrieg (unter Clement Attlee, 1945–1951) heranziehen – nicht etwa »die beste Chance« für einen neuen Klassenkampfzyklus, sondern zunächst lediglich eine Chance für die Einbindung nicht weniger Progressiver als Begleitmusikkapelle für Regierungen, deren Handeln sie trotz lauten Krakeelens dennoch nicht beeinflussen können.

Es müsste also die ureigenste Aufgabe einer antagonistischen Linken sein, vor den Illusionen zu warnen, ein »gemischtes Wirtschaftssystem« (Paul Mattick) könne langfristig die Krisen des Kapitalismus verhindern, seien sie ökonomischer oder ökologischer Natur. Doch ist sie damit immerhin nicht allein. Die sogenannte Postwachstumsbewegung nämlich bringt ihre Kritik an den Wachstumsmodellen der antizyklischen Wirtschaftspolitik und an der Staatsaffirmation reformerischer Positionen häufig noch so vehement vor, wie man es sich von einer brav gewordenen Linken wünschen würde. Richtig ist sie leider dennoch nicht.

Dies gilt höchstwahrscheinlich auch für Alexander Brentlers These, ein grüner Kapitalismus könne das Klimasystem stabilisieren, die er den Degrowth-Aktivisten entgegenhält. Auch wenn man den Innovationskräften der Unternehmen zutrauen kann, mit staatlicher Förderung zumindest eine deutliche Verlangsamung der globalen Erwärmung herbeizuführen, dürfte sich der rein quantitativ ausgerichtete Wachstumszwang des Kapitals kaum bändigen lassen. Hinzu kommt, dass der sich stetig steigernde Konkurrenzdruck immer stärker globalisierte Lieferketten und damit verlängerte Transportwege fast unvermeidlich macht, ebenso wie Überproduktion, billige Abfallentsorgung, Aneignung von Naturräumen, geplante Obsoleszenz und nicht zuletzt auch die Abschwächung von Umweltstandards durch erpressbare Regierungen – und

dabei »die Springquellen allen Reichtums« beständig untergräbt: »die Erde und den Arbeiter«, wie schon Marx beobachtete.

Eine Abkehr vom Wachstum dürfte sich also tatsächlich als notwendig erweisen. Ob allerdings die von Wachstumskritikern wie dem Wirtschaftswissenschaftler Niko Paech propagierte drastische Verringerung des individuellen Konsums innerhalb des bestehenden warenproduzierenden Systems greifen kann, muss nicht nur angesichts von fast einer Milliarde Menschen, die heutzutage unter der absoluten Armutsgrenze leben müssen, bezweifelt werden. Denn eine stagnierende oder gar rückläufige Akkumulation kann innerhalb dieses Systems nur zu noch mehr Massenelend, Arbeitslosigkeit, Unterversorgung und nicht zuletzt zu Kriegen führen, die schon jetzt das Leben vieler Lohnabhängiger und Subalternen prägen. Menschen für ein solches Projekt zu gewinnen, dürfte sich bei denen, die nicht in relativem Wohlstand in den Metropolen leben, als schwierig bis unmöglich erweisen. Dies wäre aber eine unbedingte Voraussetzung, wie auch Brentler hervorgehoben hat.

Es würde sich dagegen lohnen, die Potentiale der qualitativen Seite des Wachstums zu thematisieren: die des Gebrauchswertes. Denn es liegt ebenso im Wesen des kapitalistischen Wachstumszwangs, eine gigantische Masse an Arbeitskraft und Ressourcen für allerlei Sinnloses und Destruktivkräfte zu mobilisieren, wie auch die Produktivkräfte und die Wissenschaft in einem Maße entwickelt zu haben, das ein gutes Leben für alle überhaupt erst ermöglicht hat. Kollektive und damit effiziente Nutzungen dieser Güter – ein Aspekt, den beispielsweise Paech stark macht – könnten immense Einsparpotentiale beim industriellen Output möglich machen. Und auch ökologische Schäden und die Vergeudung von Lebenszeit der Lohnabhängigen in tristen Ausbeutungsstätten zur Herstellung nicht selten völlig überflüssiger Waren und Dienstleistungen wären nur jenseits von privater Aneignung und Wachstumsfetisch in relevantem Maße zu vermeiden beziehungsweise zu beenden.

Weder das Zurück zur Subsistenz, das sich die Postwachstumskritiker meist erträumen, noch die Unterordnung unter die aufgeklärteren Funktionäre des bürgerlichen Staats werden die Zerstörung von Klima und Natur beenden – zumindest nicht auf humane Art und Weise. »Die notwendige Schrumpfung der Ökonomie ist ohne Massenelend nur in einer Gesellschaft der gesellschaftlichen Planung von Produktion und Verteilung von Gebrauchsgütern« zu haben, schrieb Peter Bierl. Aller Voraussicht nach läge darin die einzige Alternative zur spezifisch-kapitalistischen Lösung der eskalierenden Verteilungskämpfe samt ihrer entfesselten Barbarei. Vielleicht wäre dafür sogar der alte Freund aus vergangenen Tagen zu gewinnen.

<https://jungle.world/artikel/2021/23/heraus-aus-den-verhaeltnissen>

Wie der »Green New Deal« zu einer Systemtransformation führen kann

Heraus aus den Verhältnissen

Von **Ronja Morgenthaler Lasse Thiele**

Damit der »Green New Deal« zu einem Bruch mit kapitalistischen Zwängen führt, braucht es die richtige Strategie.

Der »Green New Deal« ist ein linkes Dilemma. Kurz- bis mittelfristig ist er das realistischste linke Mobilisierungsprojekt, aber langfristig kann er den Widerspruch zwischen Kapitalverwertung und ökologischer Nachhaltigkeit nicht auflösen. Die Analysen von Jörn Schulz und Peter Bierl widersprechen sich weniger, als dass sie die Notwendigkeit eines strategischen Umgangs mit dem Konzept »Green New Deal«

verdeutlichen. Wegen der von Schulz beschriebenen Schwäche der Linken scheinen alle sozial-ökologischen Bewegungsaktivitäten unweigerlich darauf hinauszulaufen, dem Kapitalismus bloß bei seinen Versuchen zu assistieren, sich vor sich selbst zu retten. Wenn grünes Wachstum, das die Kapitalverwertung dauerhaft und umfassend von ihrer stofflichen Grundlage und damit vom Naturverbrauch entkoppelt, jedoch ebenfalls keine glaubwürdige langfristige Perspektive ist, wie Bierl in Übereinstimmung mit der Degrowth-Bewegung zu Recht betont, können Bewegungen unmöglich dabei stehenbleiben, dieses zu fordern.

Die Eigentumsordnung lässt sich so wenig über den Weg des parlamentarischen Normalbetriebs umkrepeln, wie sie sich über ein organisches Wachstum alternativer Freiräume verdrängen lässt.

Ließe sich also die von Schulz erhoffte »Radikalisierung des ›Green New Deal‹« bewerkstelligen, ohne dabei, wie Bierl warnt, der Illusion einer Rettung durch die »aufgeklärte Öko-Bourgeoisie« zu verfallen? Die Frage ist eine strategische: Wie wäre ein Weg vom »Green New Deal« als ökokeynesianischem Investitionsprogramm hin zu einer postkapitalistischen Transformation vorstellbar?

Der »Green New Deal« ist ein umkämpfter Begriff. Während die vagen Umrisse der Idee allmählich allgemein immer mehr Zustimmung erhalten, gibt es zwischen den damit verknüpften konkreten Ansätzen große Unterschiede. Die Spanne reicht von der neoliberalen Aneignung des Begriffs im »European Green Deal« der EU-Kommission über ökokeynesianische Konjunkturprogramme, die »grünes« Wachstum versprechen, das vielen zugute kommen soll, bis hin zu den linkssozialdemokratischen bis sozialistischen Konzepten der Democratic Socialists of America in den USA oder der Bewegung Demokratie in Europa 2025 (DiEM25). Letztere deuten eine postkapitalistische Wendung an, bieten aber kaum Anhaltspunkte dafür, wie der Bruch mit dem kapitalistischen Wachstumszwang konkret aussehen könnte. Der pragmatische Fokus auf den nächsten fünf bis zehn Jahren ist politisch nachvollziehbar, aber aus Degrowth-Perspektive unbefriedigend.

Wie lässt sich also der Absprung vom bloßen Reformprogramm zur echten Transformation finden? Die dreigleisige Transformationsstrategie des marxistischen Soziologen Erik Olin Wright kann helfen, Antworten näherzukommen. Wright zufolge müssen drei Ansätze in ein produktives Verhältnis zueinander gesetzt werden: Symbiose, Freiraum und Bruch. Das lässt sich auf den »Green New Deal« übertragen.

Symbiose bezeichnet die Klassenkompromisse, die gängige »Green New Deal«-Konzepte anstreben. Trotz des Widerstands einiger Kapitalfraktionen kann zum Beispiel die sogenannte Energiewende ökologische Fortschritte bringen und zugleich Konjunkturfekte bewirken, die breiten Gesellschaftsschichten zugute kommen und kurzfristig neue Verwertungsmöglichkeiten schaffen. Gleiches gilt für die ökologische Wohnraumsanierung und den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs: Sie sind arbeitsintensiv, ökologisch vorteilhaft und sorgen für volle Auftragsbücher.

Kapitalistische Kriseneffekte als Folge sozial-ökologischer Regulierung können so zunächst abgefedert werden, indem versucht wird, durch den nachhaltigen Aus- und Umbau der Infrastruktur die begrenzten Spielräume für grünes Wachstum zu nutzen. So kann dem berechtigten Einwand, dass Postwachstumspolitik in kapitalistischem Kontext bloß mutwillig Wirtschaftskrisen herbeiführen würde, kurzfristig begegnet werden. Dabei bieten sich erste Anlässe, Eigentumsformen und Nutzungsrechte dieser Infrastrukturen im Sinne einer längerfristigen, tiefergehenden Transformation neu zu verhandeln. Bei der Finanzierung dieser Vorhaben zeichnen sich natürlich harte Verteilungskämpfe ab. Diese zeitweilige Symbiose sozial-ökologischer Reformen mit Kapitalinteressen ist kein harmonischer Prozess.

Freiraumstrategien versuchen, alternative Wirtschaftsstrukturen und soziale Räume im Hier und Jetzt zu etablieren, in denen eine postkapitalistische, ökologische Gesellschaft in

demokratischer Selbstverwaltung bereits erfahrbar wird – von genossenschaftlichen Wohnprojekten über solidarische Landwirtschaftsbetriebe bis hin zu selbstverwalteten Polikliniken. Dazu ist es nötig, nicht zuletzt auf kommunaler Ebene staatliche Förderung zum Aufbau solcher Alternativen zu erkämpfen, zum Beispiel in Form von Investitionsmitteln.

Eine solche Normalisierung nichtkapitalistischer Lebensweise leistet einen Beitrag dazu, die Kräfteverhältnisse zu verschieben: Gesellschaftliche Hegemonie entsteht auch durch Alltagserfahrung. Wenn das Leben der Menschen stärker in nichtmarktförmige Wirtschaftsstrukturen eingebunden wäre, könnte das die Schicksalsgemeinschaft zwischen Kapital und von ihm abhängiger Bevölkerung schrittweise auflösen.

Bruchstrategien schließlich betreiben die Konfrontation zwischen sozialen Bewegungen und den herrschenden Verhältnissen. Selbst nach der Blütezeit des traditionellen revolutionären Sozialismus ist das kein überholtes Konzept: Auch ein Transformationsprozess, der sich nicht über ein alle Heilsversprechen einlösendes revolutionäres Ereignis definiert, wird nicht ohne bruchartige Momente auskommen. Die Eigentumsordnung lässt sich so wenig über den Weg des parlamentarischen Normalbetriebs umkrempeln, wie sie sich über ein organisches Wachstum alternativer Freiräume verdrängen lässt. Denn der Bruch mit dem Wachstumszwang – und damit der Sprung in den Postkapitalismus – realisiert sich erst durch Eigentumskämpfe, in denen private Kapitalverwertung in immer kleinere (Rand-)Bereiche der Ökonomie zurückgedrängt wird. »Bruch« ist hier doppelsinnig: Er steckt schon in jeder von sozialen Bewegungen bewusst eingegangenen Konfrontation mit kapitalistischen Grundprinzipien. Für eine erfolgreiche Transformation müssen sich Brüche aber natürlich in entscheidenden Ereignissen materialisieren.

Reformen sind dabei nicht zwangsläufig Ausdruck einer »bloß« symbiotischen Strategie. Sie können Bruchpotential haben: Die großflächige Enteignung von Wohnungskonzernen zugunsten einer demokratischen Verwaltung öffentlichen Wohnraums, wie sie etwa die Initiative »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« fordert, würde zwar über die Institutionen des bürgerlichen Rechtsstaats erfolgen. Doch sie wäre aus einer politischen Bewegung entstanden, die eine tiefgehende Konfrontation in Kauf nimmt, welche in Richtung einer postkapitalistischen Vergesellschaftungsweise in diesem wichtigen Sektor weist.

Dafür muss Gegenmacht organisiert werden, die zwar versucht, Parteien und Parlamentsentscheidungen zu beeinflussen sowie die soziale Basis für Freiraumprojekte zu erweitern, aber im Wesentlichen über das Parlament hinaus orientiert ist. Letztlich kann ein »Green New Deal« nur dann zum Sprungbrett in den Postkapitalismus werden, wenn starke Bewegungen auch bereit sind zu springen. Auch wenn das derzeit noch utopisch klingen mag, ist die Bereitschaft zum Bruch von Anfang an wichtig für das Zusammenspiel der drei Dimensionen: Erst durch die systematische Organisation von Gegenmacht, die auch utopische Ansprüche geltend macht, können kurzfristige symbiotische und Freiraumstrategien überhaupt wirksam werden. Andernfalls drohen sie als reformpolitisches Klein-Klein respektive harmlose Nischenexperimente zu enden.

Doch wer wäre die soziale Basis dieser Gegenmacht? Wer könnte auch materiell von diesen Umbrüchen profitieren? Linke wie ökologische Bewegungen orientieren sich gerne auf den vermeintlich klassischen männlichen Arbeiter in den auf fossilen Energieträgern basierenden Industrien, der dank seiner relativ privilegierten Stellung im deutschen Exportkapitalismus das geringste Interesse an dieser Transformation hat. Es gibt aussichtsreichere Trägerschichten: Prekär Beschäftigte, für die das Wohlstandsversprechen der alten Industriegesellschaft nicht mehr gilt, oder (Post)-Migrantinnen und -Migranten, für die es nie galt, Beschäftigte in sozialen und Pflegeberufen, im Bildungsbereich, in den Niedriglohnberufen des digitalisierten Kapitalismus sowie neben der Lohnarbeit in Haushalten Arbeitende; all diese Gruppen könnten von einem neuen Wohlstandsversprechen wie einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung bei angemessenem Lohnausgleich profitieren. Hinzu kommt die

junge »Generation Klima« mit ihrem relativ klassenübergreifenden materiellen Interesse an einer sozial-ökologischen Transformation.

Ob sie sich nun selbst affirmativ auf den »Green New Deal« beziehen mag oder nicht – die Linke kann es sich nicht leisten, auf diesem Konfliktfeld nicht mitzumischen. Dabei ist Platz für das gesamte linke Repertoire von Reformstrategien über Freiraumprojekte bis zur Organisation von Gegenmacht und Bewegungen. Auf das Ineinandergreifen kommt es an: So könnte ein radikalierter »Green New Deal« zur Transformation im Sinne einer »doppelten Transformation« (Dieter Klein) beitragen, die zunächst bloß den Kapitalismus zu begrünen scheinen mag, aber tatsächlich über das Bestehende hinausweist.

<https://jungle.world/artikel/2021/22/weniger-realismus-wagen>

Der »Green New Deal« läuft auf eine Enttäuschung hinaus

Weniger Realismus wagen

Von **Peter Bierl**

<p>Der »Green New Deal« scheint eine Art eierlegender Wollmilchsau zu sein: Die Wirtschaft floriert, alle finden erträgliche Arbeit mit fairen Löhnen und der Untergang der Zivilisation findet nicht st</p>

Der »Green New Deal« scheint eine Art eierlegender Wollmilchsau zu sein: Die Wirtschaft floriert, alle finden erträgliche Arbeit mit fairen Löhnen und der Untergang der Zivilisation findet nicht statt. Und das ohne Revolution, Generalstreik und Barrikadenkampf, weil der Staat einige Billionen investiert.

Kein Wunder, dass die Idee immer mehr Anhängerinnen und Anhänger findet. 2009 zogen die Grünen damit noch exklusiv in den Europawahlkampf. Dann griffen Bernie Sanders und andere linke Demokratinnen und Demokraten das Konzept in den USA auf. Die britische Labour Party verabschiedete ein Manifest für einen »Green New Deal«, auch ein Großteil der deutschen Linkspartei plädiert inzwischen dafür.

Ein erfolgreicher »Green New Deal« wäre schön. Wahrscheinlicher ist, dass die Träume platzen und die Perspektivlosigkeit noch ärger wird.

Ende 2019 verkündete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) einen »European Green Deal«. US-Präsident Joe Biden nennt sein Projekt zwar nicht so, aber Programme wie »Build Back Better« und der »American Jobs Plan« versprechen ebenfalls eine gewaltige Anschubfinanzierung zur Sanierung der Infrastruktur, zur Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie eine Umstellung auf erneuerbare Energien und viele neue Arbeitsplätze.

Ökologie und Ökonomie werden versöhnt, lautet das Versprechen. Stetiges, aber ökologisch nachhaltiges Wirtschaftswachstum sichert Arbeitsplätze und hilft beim ökologischen Umbau, um bis 2050 nur noch so viel Treibhausgas auszustoßen, wie durch Kohlenstoffbindung absorbiert werden kann. Aus der radikalen Linken kommt Beifall, weil eine gesellschaftliche Umwälzung, die Elend und Umweltzerstörung beendet, Lichtjahre entfernt scheint, während der Rückfall in die Barbarei längst im Gang ist. Die Zeit läuft ab, nur eine aufgeklärte Öko-Bourgeoisie kann uns retten, lautet das Argument. Torschlusspanik mag verständlich sein, bewirkt aber nur, dass sich eine ohnehin marginale radikale Linke selbst aufgibt.

Vorbild ist der »New Deal« der dreißiger Jahre des demokratischen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Dessen Voraussetzung war allerdings, was heutzutage fehlt, eine Bewegung militanter Arbeiterinnen und Bauern, zudem erschien die Sowjetunion in Unkenntnis der dortigen Verhältnisse noch als Alternative. Nach der Weltwirtschaftskrise kam es in den USA massenhaft zu Streiks, Aufständen und Plünderungen, Fabriken wurden besetzt, Land und Häuser gegen Räumungen verteidigt. Der Protest verarmter Weltkriegsveteranen in Washington, D.C., wurde von der Armee mit Panzern und Maschinengewehren beendet – sie wurden nicht ins Kapitol gelassen wie der Trump-Mob im Januar.

Nur vor diesem Hintergrund konnte Roosevelt soziale Reformen durchsetzen, die Bosse wehrten sich kaum mehr gegen Gewerkschaften in den Betrieben, die die Wut der Arbeiterinnen und Arbeiter kanalisiert. John Maynard Keynes, der die theoretische Blaupause für den »New Deal« geliefert hatte, mahnte die Bourgeoisie, Kompromisse mit den Lohnabhängigen zu schließen; ansonsten werde sie die soziale Revolution heraufbeschwören.

Dennoch verschwand die Massenerwerbslosigkeit erst mit Kriegsbeginn. Heutzutage ist es angesichts der höheren Produktivität illusionär, die Schaffung von vielen Arbeitsplätzen zu erwarten. Man braucht keine 8000 Arbeiterinnen und Arbeiter mehr, um einen Staudamm wie den Grand Coulee Dam zu bauen, eines der Vorzeigeprojekte der Roosevelt-Ära. Aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung der Ökonomie werden absehbar viele Arbeitsplätze verschwinden, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Mehr und gut bezahlte Arbeitsplätze würden heutzutage nur bei einem gewaltigen Wachstumsschub entstehen, der aber wäre eine ökologische Katastrophe.

Die Begeisterung für einen »Green New Deal« signalisiert, dass bei Politikerinnen und Politikern ein herrschaftskonformes Krisenbewusstsein aufkommt. Sie wollen die Aufgabe des ideellen Gesamtkapitalisten erledigen, die darin besteht, den Kapitalismus langfristig zu erhalten. Das umfasst in der gegenwärtigen Lage mehrere Aufgaben, die der Markt nicht bewältigt. Staatliche Eingriffe sind vonnöten, um Infrastruktur, Forschung und Entwicklung zu finanzieren, durch Subventionen und öffentliche Nachfrage Profite zu garantieren und den Konsum zu fördern, in den USA etwa durch Schecks über 1400 US-Dollar an die privaten Haushalte. Zudem hat die Umweltzerstörung ein Ausmaß erreicht, das jene Stabilität gefährdet, die für Kapitalverwertung unerlässlich ist, wenn einige Hundert Millionen Menschen flüchten müssen, weil weite Landstriche im globalen Süden bei Temperaturen um 50 Grad Celsius unbewohnbar werden, und vor allem auch die Zitadellen des Kapitals im globalen Norden durch Pandemien, Versteppung, Wassermangel und gewaltige Brände bedroht werden.

Trotz aller Bekundungen internationaler Zusammenarbeit agieren nationale ideelle Gesamtkapitalisten, die das jeweils von ihnen vertretene Kapital für die internationale Konkurrenz fit machen wollen. Die Grünen versprechen, dass Deutschland mit neuen, umweltfreundlichen Waren eine führende Exportnation bleiben kann. Dabei basiert dieses Modell auf Lohndumping und verschärft die Gegensätze in Europa. Von der Leyens Programm lautet faktisch: »Europa zuerst«, könnte aber daran scheitern, dass die EU ein Staatenbund ist, dessen interne nationalstaatliche Konkurrenz nicht aufgehoben ist. Die US-Regierung wiederum will die chinesische Konkurrenz zurückdrängen.

Während der »New Deal« auf ein schlichtes »Mehr« hinauslief – mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze, mehr Profite –, soll der »Green New Deal« zugleich die ökologischen Bedingungen retten, die Menschen zum Leben brauchen. Durchaus denkbar ist die Dekarbonisierung der Wirtschaft, die die AfD bekämpft, denn Kapitalismus könnte ohne Öl und Gas funktionieren. Der Widerspruch zwischen Kapitalakkumulation und Umweltzerstörung würde dadurch aber nicht aufgehoben, sondern in neuen Formen reproduziert.

Wachse oder weiche, lautet das Prinzip des Kapitalismus, und das beinhaltet einen ständig steigenden Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Fläche. Beispiel Elektroautos: Auch deren Herstellung verschlingt Rohstoffe, allein für Lithium und Kobalt, die für die

Fahrzeugbatterien benötigt werden, werden Wälder zerstört und enorme Wassermengen verseucht; der Flächenverbrauch für Straßen und Parkplätze unterscheidet sich nicht von dem der Benzin- und Dieselfahrzeuge und der Strom fließt auch nicht einfach so aus der Steckdose.

Ein höherer CO₂-Preis, wie ihn die Grünen fordern, würde vor allem niedrige und mittlere Einkommen belasten. Werden die Einnahmen direkt an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben, wie die Partei verspricht, dann fragt sich, wie der ökologische Lenkungseffekt erreicht werden soll. Während der »New Deal« durch hohe Steuern für Unternehmen und Reiche finanziert wurde, wollen Biden und die Grünen nicht einmal die Steuersenkungen der vergangenen Jahre komplett rückgängig machen. Warum nicht eine Einkommensobergrenze von 3 000 Euro festlegen, alles darüber wird wegbesteuert, zumal die Größe des »ökologischen Fußabdrucks« von der Größe des Geldbeutels abhängt?

Sicher wäre ein »Green New Deal« besser als nichts, sollten Solaranlagen und Windenergie sowie die Infrastruktur für eine andere Form der Mobilität ausgebaut werden. Jede Tonne CO₂, die nicht in die Atmosphäre geblasen wird, ist gut. »Sleepy Joe« anstelle der faschistoiden Fratze auf dem Bildschirm zu sehen, ist erleichternd, und Biden macht progressivere Politik als der überbewertete Barack Obama. Ein erfolgreicher »Green New Deal«, um den Klimawandel aufzuhalten, Menschen eine Perspektive zu geben und neofaschistische Bewegungen zu bremsen, das wäre schön. Bloß sind *degrowth* und Kapitalverwertung unvereinbar, ein ökologischer Kapitalismus ist unmöglich. Wahrscheinlicher ist, dass die Träume platzen und die Perspektivlosigkeit noch ärger wird.

Um die Umweltzerstörung zu beenden, ist eine Abkehr vom Wachstum notwendig. Die Autoproduktion muss um 80 Prozent sinken, ebenso die Flugzeugbranche, die Produktion vieler chemischer Substanzen muss gestoppt, die Tierindustrie, die neben unendlichem Leid nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen 14,5 Prozent der weltweiten Treibhausgase produziert, abgeschafft werden. Unter kapitalistischen Bedingungen würde das Verelendung für Lohnabhängige bedeuten. Die notwendige Schrumpfung der Ökonomie ist ohne Massenelend nur in einer Gesellschaft der gesellschaftlichen Planung von Produktion und Verteilung von Gebrauchsgütern jenseits der Warenproduktion möglich.

Darum braucht es eine radikale Linke, die Halbheiten und Widersprüche seziert sowie eine sozialistisch-ökologische Perspektive entwickelt und damit Orientierung bietet. Dazu gehört eine Strategie der »revolutionären Reformen« (André Gorz, 1967), was bedeutet zu fordern, was notwendig ist, und nicht, was unter dem Diktat des Kapitals als realistisch gilt. Die Abschaffung der Kapitalverwertung ist notwendig, aber keine eingängige Parole. Sie muss konkretisiert werden, um Menschen zu gewinnen, zum Beispiel in Fragen des Wohnens, der Gesundheitsversorgung und Pflege, Umwelt und Mobilität, vor allem aber der Arbeit, die gesamtgesellschaftlich reduziert werden muss, um allen ein Leben in Muße zu ermöglichen.

Der »Green New Deal« und die Modernisierung des Kapitalismus

Revitalisierung der Akkumulation

Essay Von **Rainer Trampert**

Der Klimawandel gefährdet das Profitregime. Für den Umstieg auf regenerative Energiequellen und kommunizierende Maschinen wird man die halbe Welt umgraben - das verschafft vor allem dem westlichen Kapital dringend benötigte Anlagemöglichkeiten.

Der »Green New Deal« ist weder besonders grün noch hat er etwas mit dem »New Deal« des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt zu tun. Er ist vielmehr ein Teil einer gründlichen Modernisierung des Kapitalismus, der neue Felder der Mehrwertproduktion erschließt, altes Kapital durch neues, produktiveres ersetzt (Big Data, E-Mobilität, G5, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz) und die Schäden des Klimawandels durch den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe eindämmen will.

Die Bourgeoisie behandle »die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv, ihre technische Basis ist daher revolutionär«, schrieb Karl Marx in »Das Kapital«. Es ist wieder so weit. Nach Pferdegetrappel, Kohle und Dampf, nach der Epoche des Erdöls, der Autos, der Kunststoffe und der Atomkraft beginnt das Zeitalter der regenerativen Energiequellen und kommunizierenden Maschinen, der E-Mobilität und selbstfahrenden Autos, der Ausdehnung der Fabriksysteme auf Ländereien und Meere. Die neue technische Struktur entwertet die geronnene Arbeit von Generationen. Und es wird Generationen dauern, bis das Neue sich ganz durchgesetzt haben wird.

Die Bewältigung der Klimaschäden fällt mit der notwendigen Revitalisierung der Kapitalakkumulation in den Zentren zusammen.

Roosevelts »New Deal« von 1933 bis 1939 war etwas anderes. Er wollte den Kapitalismus nicht erneuern, sondern ihn nur so, wie er war, aus der Krise holen – mit einer Kreditversicherung zur Förderung des Wohneigentums der weißen Mittelschicht (Schwarze bekamen fast nichts) und »freiwilligem« Arbeitsdienst für junge Männer aus armen Familien, die Staudämme und Militäreinrichtungen bauen, Waldbrände bekämpfen und Nutzflächen erschließen mussten. Sie wurden in *work camps* kaserniert und von Armeeeoffizieren beaufsichtigt. Jeder bekam mindestens 30 US-Dollar im Monat, von denen er 22 bis 25 bei seinen arbeitslosen Eltern abliefern musste. So ließ der Staat die Sozialhilfe von den Kindern der Armen bezahlen. Dieses dubiose Paket feiern linke Keynesianer und Grüne noch heute als erfolgreiches Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die große Modernisierung

Während Grüne den von der Wirtschaft ohnehin betriebenen Umbau als Bewahrung der Schöpfung lobpreisen, als hätte ihn Gott persönlich in Auftrag gegeben, erklärt Philipp Hildebrand, Vizevorsitzender des Investment-Konzerns Blackrock, den wahren Grund: Bei der Modernisierung gehe es »nicht um Moral«, sondern um einen »grundlegenden Strukturwandel (...) hin zur erhöhten Widerstandskraft unserer Wirtschaft«. Die Kapitalumschichtung finde »massiv statt«, weil Risiken des Klimawandels Investitionsrisiken seien; »dieser Aspekt ist fundamental. Das außer Acht zu lassen, kostet Rendite. So einfach ist das.« Europa habe im Hightech-Bereich den Zug verpasst,

könne sich aber bei der »Nachhaltigkeit« an die Spitze setzen, »auch im Vergleich zu Amerika«.

Autos werden irgendwann per Batterie, Hybrid oder Wasserstoff angetrieben, die Künstliche Intelligenz (KI) wird Fabriken mit kommunizierenden Maschinen und Gabelstaplern ausstatten, die sich ihre Wege selbst suchen. Durch die Städte werden Lufttaxis und selbstfahrende E-Autos ohne Gestank und Motorengeräusche kurven. Wer im E-Auto sitzt, kann dem Wind und dem Gesang der Vögel lauschen. Mercedes bietet ein E-Auto mit »Widescreen-Cockpit«, intuitiver Sprachsteuerung und »Bauteilen aus nachwachsenden Rohstoffen: Hanf, Kenaf, Wolle, Holz« an.

Umweltschutz, Digitalisierung, KI und der Mensch sitzen einträchtig nebeneinander. Landschaften werden mit 5G-Türmen, Ladestationen, Wind-, Solar- und Batteriefabriken, Monokulturen und Stauseen für die Stromspeicherung in Fabrikräume verwandelt. Auf dem Meer schwimmen Energiefabriken und Siedlungen in Betonwannen, wie bereits heute in den Niederlanden. Aus Tankstellen werden Industrieanlagen mit Zapf- und Ladesäulen, Stationen zum Akkuwechsel, Landeplätzen für Lufttaxis, eigener Stromerzeugung und Erlebnisparks zum Zeitvertreib während der Ladezeit.

Ein Merkmal dieser technischen Revolution ist die Versöhnung des »grünen« Kapitals mit dem alten Betonkapital. Der Studie »Metals for a low-carbon society« von Olivier Vidal, Bruno Goffé und Nicholas Arndt zufolge müssten für die bis 2050 angepeilten 25 00 Terawattstunden aus Wind- und Solarenergie 3,2 Milliarden Tonnen Stahl (knapp 440 00 Eiffeltürme), 310 Millionen Tonnen Aluminium, 40 Millionen Tonnen Kupfer und unvorstellbare Mengen Beton verbaut werden. In einem Windrad mit mehr als 180 Metern Höhe wie in Brunsbüttel stecken 1 00 Kubikmeter Beton und 180 Tonnen Stahl. Für den »Green Deal« wird man die halbe Welt umgraben und in armen Ländern Gesundheit und Böden ruinieren. Der Kapitalismus wird reichen Staaten schwimmende Städte verkaufen und Millionen arme Menschen den Fluten überlassen.

Alte Firmen verenden oder wechseln ihr Programm, neue drängen auf den Markt. Im Sommer 2020 war der Konzern Tesla mit seiner Elektroautoproduktion an der Börse so viel wert wie die drei Ölgiganten Exxon/Mobil, Shell und BP zusammen. Im August 2020 flog Exxon/Mobil (2013 noch der wertvollste Konzern der Welt) aus dem Aktienindex Dow Jones. Er war nun zu klein für den Club der 30 größten Aktiengesellschaften der USA. BP prognostiziert, dass die Ölnachfrage bis 2050 um bis zu 80 Prozent sinken werde und der Verbrennungsmotor keine Zukunft mehr habe. Deshalb stellt Bernard Looney, der CEO von BP, die Firma »im langfristigen Interesse der Aktionäre« auf eine »grüne Strategie« um. BP will die Öl- und Gasproduktion in zehn Jahren um 40 Prozent senken und Investitionen in grüne Energien verzehnfachen.

Impulse und Krisenaspekte

Der Wandel hat mehrere Triebfedern. Zuerst sind da die vom Klimawandel verursachten Schäden. Stürme, Brände, Dürren, Fluten, der Anstieg des Meeresspiegels, der 136 an den Küsten gelegene Millionenstädte bedroht, und die aus tauenden Permafrostböden austretenden Treibhausgase gefährden das Profitregime. Arbeitszeit und Produktionsmittel werden durch Instandsetzungen, Reparaturen und Umsiedlungen absorbiert. Einer Studie der New York University zufolge wird der Klimawandel bereits ab 2025 etwa 1,45 Billionen Euro im Jahr kosten, sollten die Treibhausgasemissionen nicht erheblich reduziert werden.

Arbeiter- und Emanzipationsbewegung haben dem System früher Sozialtransfers und demokratische Rechte abgerungen, heutzutage preisen klimabewegte Kids und die Grünen Steuererhöhungen als gute Tat.

Die Bewältigung der Klimaschäden fällt mit der notwendigen Revitalisierung der Kapitalakkumulation in den Zentren zusammen. Bisher haben Industrieländer auf die

sinkende Profitabilität ihrer Kapitalberge mit Kapitalflucht reagiert. Nun wird den Zentren eine Radikalkur verpasst. Wichtige Säulen sind die Erneuerung der technischen Apparate bei gleichzeitiger Ausmerzung unproduktiver Techniken (der Ökonom Joseph Schumpeter sprach von »schöpferischer Zerstörung«, Marx von einer »Verwohlfeilerung der Elemente des konstanten Kapitals«) und die Nutzung strategischer Vorteile durch die grüne Energieproduktion im eigenen Land. Sie macht unabhängiger von Öl- und Gasimporten aus Russland, einem geopolitischen Gegenspieler des Westens, und unsicheren Weltregionen; sie spart zudem Kosten für Auslandstruppen und Kriege und wird es Firmen erleichtern, sich bei globalen Konflikten in die Obhut »ihrer« Nation zu begeben, wo sie sich auf Regierungen, Gewerkschaften und vaterländische Stimmungen verlassen können. Die Kapitalflucht hat Chinas Machtentfaltung begünstigt, die Nutzung von Sonne, Wind und Wasser wird dem Machtzuwachs der alten Imperien zugutekommen.

Modernisierungsschübe erhöhen den internationalen Anpassungsdruck. Der technische Vorsprung steigert die Wettbewerbskraft und ist eine protektionistische Waffe. Wer vorne liegt, wird versuchen, die eigene Kapitalbildung durch Importsteuern auf »unsaubere« und nicht den Normen entsprechende Auslandswaren zu stärken und so einen Harmonisierungswettlauf in Gang zu setzen. Kaum hatte China bekanntgegeben, es werde »in naher Zukunft« Verbrennungsmotoren verbieten, kündigte der VW-Konzern, der 40 Prozent seiner Autos in China verkauft, die Produktion von E-Mobilen, Batteriezellen und Ladestationen (in Kooperation mit BP und Shell) sowie die Erprobung von Flugautos in China an.

Der »Green Deal« ist Teil der Krisenbewältigung und Urheber neuer Krisen. Das voluminösere Altkapital verliert über das physische Altern, den Verschleiß, hinaus an Wert, weil es in der Konkurrenz mit neuen Dingen schneller veraltet oder nicht mehr den Normen entspricht. Ist der Wertverfall des alten Kapitals größer als der Wertzuwachs des neuen, fällt die Wirtschaft in eine Rezession und die Finanzierung der Transformation, die noch länger aus Überschüssen der alten Ökonomie geleistet werden muss, ist gefährdet. Roland Busch, der CEO von Siemens, wies auf die Dialektik hin. Zwar steige mit jedem Jahr, »in dem wir nicht die Trendwende schaffen, der Druck auf den Kessel. Die notwendige Anpassung wird dann immer teurer und schmerzhafter.« Aber der Wirtschaftsraum müsse insgesamt wachsen; »wenn wir das beschädigen, haben wir ein Riesenproblem«.

Ein anderer Krisenfaktor ist die strukturelle Arbeitslosigkeit. Das E-Auto besteht aus weniger Teilen, die Fabrikation kommt zudem durch kommunizierende Maschinen mit weniger Personal aus. Funktionen werden von den Zulieferern in die Hauptwerke zurückgeholt, autonom fahrende Mietwagen werden die Zahl der Autos in Privatbesitz senken. Ferdinand Dudenhöffer, bis 2020 Professor für Automobilwirtschaft, vermutet, dass die Autobranche ihre Profitabilität bewusst »mit weniger Verkäufen und kleineren Fabriken« steigern will. Für den Kapitalismus ist Arbeitslosigkeit zunächst ein Vorteil, weil sie den Preis der Arbeitskraft drückt; zu einem Problem wird sie erst dann, wenn die Gewinne der technischen Revolution von den Kosten der durch sie verursachten Arbeitslosigkeit aufgezehrt werden.

Tabula rasa?

Die kapitalistische Dynamik ist spektakulär. Als Marx »Das Kapital« schrieb, arbeiteten in der damals führenden Industrienation England 1,7 Millionen Menschen in der Industrie. In dem heutzutage führenden China sind es knapp 350 Millionen. Max Horkheimer und Theodor W. Adorno schrieben, die Vernichtungsfähigkeit des Menschen verspreche »so groß zu werden, dass – wenn diese Art sich einmal erschöpft hat – Tabula rasa gemacht ist. Entweder zerfleischt sie sich selbst, oder sie reißt die gesamte Fauna und Flora der Erde mit hinab.«

Ist der Mensch so schlimm oder nur der Kapitalismus? Wenn der Mensch so wäre, gäbe es keinen Ausweg, wohingegen der Kapitalismus beseitigt und durch ein System ersetzt werden könnte, in dem der Mensch mit sich und seinesgleichen solidarisch und liebevoll umgeht und den Austausch mit der übrigen Natur behutsam regelt. Dafür hätte das

Bewusstsein aber Verhältnisse und Traditionen kritisch zu reflektieren und eine vom Kapitalismus befreite Gesellschaft anzustreben. Damit ist es nicht weit her.

Mit der Verschärfung der Klassengegensätze verflüchtigt sich offenbar das Klassenbewusstsein. Früher lösten technische Revolutionen Aufstände aus, heute loben Jugendliche in Straßenumzügen den neuen Akkumulationstyp als Beitrag zur Rettung des Planeten und fordern die Verteuerung der Mieten und Waren durch CO₂-Sondersteuern auf den Verkehr und das Heizen. Während der Mensch in Ungnade fällt, werden Dinge mit Moral angereichert, es wächst das Ansehen von Windrädern und Dämmplatten. Ethik wird in CO₂-Einheiten gemessen. Unternehmen dürfen Menschen ausbeuten, wie es ihnen beliebt, sofern sie nur die Emissionen senken. Rassismus und Antisemitismus entziehen sich der energetischen Gebäudesanierung. Wer heute von Autonomie spricht, meint das Auto. Neben den freundlich umherziehenden Kids gibt es den bösen Protest, der Verschwörungsformeln brabbelt.

Die Grünen setzen sich an die Spitze der Modernisierung und präsentieren sich als Kanzlerin-Verein. »Politik, die verändern will, muss sich an die ganze Gesellschaft wenden«, sagt ihre Bundesvorsitzende Annalena Baerbock. Wer ist in Sachsen die ganze Gesellschaft? Die Grünen sind für die »Renaissance der Industriearbeitsplätze« und danken der Wirtschaft, »die danach sich sehnt, dass wir diesen Aufschwung möglich machen«, für ihre Zuwendung, sagt ihr Bundesvorsitzender Robert Habeck.

Wir? Das ist Prahlerei. Die Grünen geben überwiegend das, was die Wirtschaft will, als ihre Idee aus, sie sind aber nützlich für die Ideologieprägung. Sie verkaufen in ihrem Wahlprogramm die Subventionierung der Wirtschaft als »epochale Aufgabe mit inspirierender Kraft«, auch wenn sie »nicht versprechen (können), dass nach Corona jedes unserer Projekte noch finanzierbar ist«, und die Vergesellschaftung der Umbaukosten als Rettung der Schöpfung, die für viele eine »große Herausforderung, ja Zumutung« sein wird. Deshalb wird der »Wohlstand für alle« (Ludwig Erhard) durch den »klimagerechten Wohlstand«, der keiner mehr sein wird, ersetzt.

Die Linkspartei fällt, von Ausnahmen abgesehen, als Gegenpol aus, weil sie kommunistische Befreiungsvisionen durch den prokapitalistischen Keynesianismus ersetzt hat und nur harmlose Nörgeleien an der Globalisierung und der Politikform (Neoliberalismus) von sich gibt. Bestenfalls. Der Flügel um Sahra Wagenknecht hat sich dem Schutz des nationalen Proletariats vor »Migrantenströmen« verschrieben, hetzt also Proletarier aller Länder gegeneinander auf. Sollte die Linkspartei den »Green Deal« als Thema entdecken, wird sie ihre Standards anbieten: Das Thema ist im Parlament zu behandeln, Frau Merkel soll die Vertrauensfrage stellen, die Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2 ist unabdingbar für Wladimir Putins Oligarchenkapitalismus, alles Weitere regelt Keynes – dessen Idee, die Wirtschaft über die Verschuldung des Staats anzukurbeln, heute aber »böse« Neoliberale in einer Dimension verwirklichen, in der kein Keynesianer sich das getraut hat. Regierungen pumpen halt unabhängig von Theorien Geld in die Wirtschaft. Dazu bedarf es keiner Linken, nur der Zentralbanken.

Arbeiter- und Emanzipationsbewegung haben dem System früher Sozialtransfers und demokratische Rechte abgerungen, heutzutage preisen klimabewegte Kids und die Grünen Steuererhöhungen als gute Tat und schwören auf den Markt, statt zu versuchen, dem Kapital die Produktion von Schadstoffen zu untersagen und ihm die Ausbeutung von Menschen unmöglich zu machen. Die Bösen beharren auf Kohle und Diesel, die Freundlichen wollen neue Technologien, beide interessiert nicht, dass der Kapitalismus sich so oder so sichtbar und erlebbar darüber reproduziert, dass er Menschen in seinen Betriebsdiktaturen ausbeutet, demütigt, entfremdet, in Angst vor dem Existenzverlust versetzt. Als Ausgleich für alle Entbehrungen gibt es Waren, ohne deren Absatz der Kapitalkreislauf nicht funktionieren würde, und sogenannte soziale Medien zum Pöbeln. Rechte Kreise empfehlen, sich an Migranten schadlos zu halten.

Der aktionistischen Gruppe Extinction Rebellion geht es um den Aufstand gegen das »Aussterben der Menschheit durch den Klimawandel«. Wenn der Tod, der nicht aufs Klima

zurückzuführen ist, sondern auf Völkermord, Pogrom, Krieg, Vertreibung, Hunger, Folter, Seuche, Männergewalt, Religion, Rassismus, Profit und Eroberung, nichts bedeutet, verwundert es nicht, dass der Mitgründer Roger Hallam den Holocaust als »fast normales Ereignis« abwertet und festlegt: »Auch jemand, der ein bisschen sexistisch oder rassistisch denkt, kann bei uns mitmachen.« Für manche ist die Attitüde des Planetenretters die Lizenz, sonst auf nichts mehr Rücksicht nehmen zu müssen.

<https://www.jungle.world/artikel/2021/25/ein-deal-fuer-gruene-illusionen>

Der »Green New Deal« kann die ökologische Krise nicht lösen

Ein Deal für grüne Illusionen

Von **Norbert Trenkle**

Weder staatliche Reformen noch ein grüner Kapitalismus können die ökonomischen und ökologischen Krisen lösen, die der Kapitalismus hervorbringt.

Wer heutzutage dem Kapitalismus eine »bemerkenswerte Stabilität« attestiert, wie Alexander Brentler es getan hat, verschließt nicht nur den Blick vor den überall sichtbaren Krisenerscheinungen und heranrollenden Katastrophen, sondern verkennt auch die destruktive Eigendynamik des warenproduzierenden Systems. Zweifellos ist es richtig, dass dieses System äußerst flexibel auf die von ihm selbst erzeugten Krisen reagiert. Aber diese Flexibilität hat stets zur Folge, die zugrundeliegenden inneren Widersprüche auf einer höheren Stufenleiter zu reproduzieren.

Da aber die allgemeine Warenproduktion als Grundlage der Gesellschaft nicht angezweifelt wird, soll versucht werden, diese so umzubauen, dass sie vorgeblich ökologisch nachhaltig wird.

Durch jede vermeintliche Krisenlösung wird mit schöner Regelmäßigkeit nur neues und größeres Krisenpotential angehäuft, das früher oder später wirksam werden muss. Das Leben des Kapitalismus lässt sich keineswegs bis in alle Ewigkeit verlängern. Vielmehr geraten mittlerweile die Grenzen des Krisenaufschubs in Sichtweite. Das gilt in ökonomischer ebenso wie in ökologischer Hinsicht.

Dies festzustellen, ist kein apokalyptisches Denken, sondern die analytische Voraussetzung, um die Frage nach einer möglichen gesellschaftlichen Transformation adäquat beantworten zu können. Denn diese stellt sich immer nur konkret in Bezug auf den jeweiligen historischen Entwicklungsstand der kapitalistischen Gesellschaft. Und das heißt heute: das Projekt gesellschaftlichen Emanzipation, wenn es denn gelingen soll, muss unter den Bedingungen eines fundamentalen Krisenprozesses der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise verwirklicht werden.

Vor diesem Hintergrund sind die zum Teil geradezu euphorischen Hoffnungen, die mit dem sogenannten »Green New Deal« verbunden werden, zu hinterfragen. Zweifellos verweist die Popularität des Labels »Green New Deal« darauf, dass sich in breiten Schichten der Gesellschaft bis hinauf in die Führungsetagen global agierender Konzerne ein diffuses Krisenbewusstsein breitgemacht hat und verzweifelt nach Auswegen gesucht wird. Irgendwie ist klar, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher; da aber die allgemeine Warenproduktion als Grundlage der Gesellschaft nicht angezweifelt wird, soll versucht werden, diese so umzubauen, dass sie vorgeblich ökologisch nachhaltig wird. Und weil der Glaube an die Allmacht des Markts inzwischen doch deutlich an

Überzeugungskraft verloren hat, bleibt nur ein Akteur, der diese Aufgabe bewältigen kann: der Staat.

Doch die Erwartungen, die in die staatliche Handlungsmacht gesetzt werden, sind mehr als übertrieben. Schon die Analogie zum New Deal des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt funktioniert nicht. Zum einen ist, wie Peter Bierl bereits angemerkt hat, auf dem erreichten extrem hohen Produktivitätsniveau kaum zu erwarten, dass durch staatliche Investitionen in die Infrastruktur massenhaft neue (gar tarifvertraglich abgesicherte) Arbeitsplätze entstehen. Vor allem aber ist die Aufgabenstellung, die mit dem »Green New Deal« verbunden wird, eine völlig andere als vor 90 Jahren.

Damals ging es darum, eine schwere ökonomische Strukturkrise zu bewältigen, die durch einen gewaltigen Schub der Produktivitätsentwicklung ausgelöst worden war und zu Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit geführt hatte. Das war staatlicherseits leistbar, weil durch kreditfinanzierte Ausgaben- und Beschäftigungsprogramme nicht nur die krisenbedingte Kaufkraftlücke verkleinert, sondern durch den Ausbau der Infrastruktur die Grundlage für den fordistischen Boom gelegt wurde, der dann eine selbsttragende Eigendynamik entwickelte.

Heutzutage ist die Lage eine völlig andere. Der Staat soll nun die gewaltigen ökologischen Probleme lösen, die durch die fordistische und postfordistische Massenproduktion überhaupt erst verursacht worden sind. Und er soll dafür im Wesentlichen das gleiche Instrumentarium verwenden, mit dem er diese Massenproduktion damals in Gang gebracht hat.

Der Widerspruch springt unmittelbar ins Auge. Und er betrifft nicht bloß bestimmte politische und administrative Maßnahmen, sondern ist grundsätzlicher Natur. Es geht hier um Probleme, die aus der prinzipiellen Unvereinbarkeit der kapitalistischen Reichtumsproduktion mit der natürlichen Begrenztheit der Welt resultieren und die deshalb außerhalb des Zugriffs staatlichen Handelns liegen; denn der Staat steht dieser Form der Reichtumsproduktion ja nicht äußerlich gegenüber, sondern ist integraler und notwendiger Bestandteil von ihr.

Zwar gehört es zu den wichtigsten Aufgaben des Staats, die allseitige Konkurrenz zu regulieren und teilweise zu begrenzen. Doch dabei handelt es sich um seine notwendige systemische Funktion. Ohne solche Eingriffe würde eine Gesellschaft, die auf der isolierten Privatproduktion von Waren und damit auf dem allseitigen Gegeneinander von Partikularinteressen beruht, innerhalb kürzester Zeit auseinanderbrechen. Deshalb braucht es eine Instanz, die den allgemeinen Rahmen absichert. Doch daraus folgt eben auch, dass der Staat diesen Rahmen nicht sprengen und die Grundprinzipien der kapitalistischen Reichtumsproduktion nicht außer Kraft setzen kann.

Offenkundig ist das zunächst für den Wachstumszwang, der schlicht darauf beruht, dass die Produktion dem Selbstzweck der rastlosen Akkumulation von abstraktem Reichtum, der sich im Geld darstellt, folgt. Dieser Zwang lässt sich nicht aufheben, ohne zugleich auch die allgemeine Warenproduktion aufzuheben. Das erkennen implizit auch die meisten Verfechter des »Green New Deal« an, indem sie das Bild eines »grünen Kapitalismus« zeichnen, dessen Wachstum vom Material- und Energieverbrauch entkoppelt sein soll. Doch das ist eine Seifenblase, die sofort platzt, wenn man sich die vorgeschlagenen Maßnahmen auch nur oberflächlich ansieht. Was sie *bestenfalls* bewirken könnten, ist eine Reduktion der CO₂-Emissionen, die aber mit der Verschiebung der ökologischen Zerstörung auf andere Felder einhergeht. Paradebeispiel dafür ist die Elektromobilität, für die nicht nur in China massenhaft neue Atomkraftwerke gebaut und weltweit die Vorkommen an Kupfer, Lithium, Kobalt und Seltenen Erden geplündert werden.

Genauso wenig ausschalten lässt sich die Externalisierungslogik, die ebenfalls im innersten Kern des kapitalistischen Systems angelegt ist. Der Grund dafür ist wiederum, dass die historisch-spezifische Form der Reichtumsproduktion, die einen sehr engen und

exkludierenden Charakter hat. Als gesellschaftlicher Reichtum gilt prinzipiell nur, was das Produkt von isolierter Privatarbeit ist und in der Gestalt von Waren auf dem Markt kursiert. Alles andere wird vor dem strengen Richterstuhl des Werts nicht anerkannt.

Das gilt zunächst für die Vielzahl an lebensnotwendigen, aber nicht warenförmigen Tätigkeiten, insbesondere für die »weiblich« abgespaltenen Care-Tätigkeiten. Es betrifft aber auch die gesamte Ökosphäre, die zum »Außen« gemacht wird und deshalb als eine Art kostenloser Zugabe zur gesellschaftlichen Privatproduktion bedenkenlos verschlissen werden kann. Und schließlich kommt hinzu, dass die Reichtumsproduktion in den kapitalistischen Zentren immer schon systematisch zu Lasten der zur Peripherie herabgestuften Regionen erfolgt.

Der Staat kann zwar die Exzesse dieser Externalisierung auf seinem Territorium einschränken, jedoch nicht die zugrundeliegende Logik abschaffen, ohne die kapitalistische Reichtumsproduktion als solche in Frage zu stellen. Selbst im günstigsten Fall wäre ein »Green New Deal« daher allenfalls eine politische Strategie, um einer globalen Minderheit noch eine Zeitlang eine einigermaßen komfortable Situation auf Kosten der übrigen Welt zu sichern.

Aber sogar das ist äußerst fraglich. Denn zum einen sind Wachstum und Externalisierung angesichts des bereits erreichten Grads am ökologischer Zerstörung im Weltmaßstab enge Grenzen gesetzt; heftige Konflikte um die noch zu verteilende Restmasse an Ressourcen und Naturraum zeichnen sich bereits ab. Zum anderen ist auch die Finanzierungsgrundlage mehr als prekär, weil die Staatsverschuldung sich nicht unendlich ausdehnen lässt und die Geldpolitik der Zentralbanken schon ziemlich überreizt ist.

Diese illusionslose Sicht auf den »Green New Deal« bedeutet aber nicht, die daran orientierte Politik als belanglos abzutun. Auch wenn diese gemessen an ihren eigenen Ansprüchen scheitern muss, eröffnet sie Spielräume für emanzipative Bewegungen, die genutzt werden sollten. Dafür bietet die von Ronja Morgenthaler und Lasse Thiele vorgeschlagene Transformationsstrategie gute Anhaltspunkte. Angesichts der umfassenden Krise des warenproduzierenden Systems wird der Schwerpunkt allerdings weniger auf symbiotischen, sondern eher auf den Freiraum- und Bruchstrategien liegen müssen. Es kommt darauf an, im Konflikt mit der grün angehauchten politischen Krisenverwaltung die Grundlagen für eine auf allgemeiner Kooperation und Selbstorganisation beruhende Gesellschaft jenseits von Markt und Staat zu erkämpfen.

<https://www.jungle.world/artikel/2021/24/der-sozialismus-kommt-nicht-durch-die-hintertuer>

Warum der »Green New Deal« keine Abkürzung zum Sozialismus ist

Der Sozialismus kommt nicht durch die Hintertür

Von **Alexander Brentler**

Der »Green New Deal« kann nur dann zu einem Schritt in Richtung Sozialismus werden, wenn er die Unterstützung eines Großteils der Lohnabhängigen findet.

Eines der Standardwerke der anglophonen Klimaleugnerbewegung trägt den Titel »Watermelons«. Das 2012 veröffentlichte Buch des Journalisten James Delingpole stellt die These auf, die Klimabewegung sei eine ideologische Wassermelone: außen grün,

innen rot. Was im Gewand einer bürgerlichen Bewegung daherkomme, sei in Wahrheit eine wahlweise kommunistische oder sozialistische Verschwörung, die eine grundsätzliche Veränderung der Weltwirtschaft durch die Hintertür anstrebe.

»Green New Deal« und Postwachstumsbewegung haben eine entscheidende Schwachstelle: Ihnen fehlt ein politisches Subjekt.

Nicht einmal ein Jahrzehnt später ist aus der konservativen Angstparole eine unter Linken populäre Vorstellung geworden: Klimaschutz und Kapitalismus, das gehe nicht zusammen. Um das Klima zu stabilisieren und dem Raubbau an den Ressourcen Einhalt zu gebieten, sei ein grundsätzlicher Systemwechsel notwendig. Uneinigkeit gibt es lediglich darüber, ob dies auf reformistische Art mittels eines großangelegten öffentlichen Investitionsprogramms – einem »Green New Deal« – oder durch einen radikalen Bruch mit dem kapitalistischen Akkumulationsprozess samt seines Wachstumszwangs stattfinden sollte, wofür Anhängerinnen und Anhänger der Postwachstumsbewegung werben.

Linke Verfechter eines »Green New Deal« und Anhängerinnen der Postwachstumsbewegung sind sich zwar häufig uneinig, teilen aber zwei grundsätzliche Annahmen: Erstens sei effektiver Klimaschutz im Kapitalismus unmöglich, und zweitens biete die Klimabewegung eine gute Gelegenheit, antikapitalistisches und sozialistisches Gedankengut wieder im gesellschaftlichen Mainstream zu verankern. Beide Annahmen werden, zumindest im deutschsprachigen Raum, von einer sehr großen gesellschaftlichen Koalition, die von radikalen Antikapitalistinnen und Antikapitalisten bis zu Teilen von »Fridays for Future« und in die Führungsebene der IG Metall reicht, nicht mehr angezweifelt. Es gibt nur ein Problem: Beide Thesen könnten sich als falsch herausstellen.

Ja, die kapitalistische Welt hat beim Klimaschutz bisher versagt, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich das so bald ändert. Inzwischen werden jährlich rund 40 Milliarden Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ausgestoßen, wesentlich mehr als Mitte der achtziger Jahre, als das Problem des Klimawandels erstmals von einer größeren Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.

Dennoch ist eine Welt denkbar, in der das Klima stabilisiert wird, das kapitalistische Wachstum jedoch weitergeht. Denn dass Kapitalakkumulation auf Basis fossiler Energien geschehen muss, ist weder in den Naturgesetzen noch in der Logik des Kapitalismus festgeschrieben, und der fossile Kapitalismus befindet sich bereits im Umbruch. Die Kapitalfraktionen, die das Weltklima stabilisieren möchten, gewinnen gerade die Oberhand über die Produzenten, die fossile Energie und Rohstoffe benutzen wollen.

Dies festzustellen, ist nicht blauäugig. Obwohl weite Teile der Linken dies verneinen, ist es nicht gerade gewagt, zu glauben, dass, wenn die Internationale Energieagentur, die Europäische Kommission, Blackrock, Amazon, Bill Gates, das Weiße Haus und die Kommunistische Partei Chinas, was das Klima angeht, in groben Zügen dasselbe wollen, ihr Wunsch auch Realität werden könnte.

Der grüne Kapitalismus ist jedoch keine Utopie. Viel spricht dafür, dass die soziale Ungleichheit und die Perspektivlosigkeit eines Großteils der Weltbevölkerung noch wachsen werden. Es werden weiterhin Kriege um Rohstoffe geführt, Ökosysteme zerstört und ärmere, vom Klimawandel hart getroffene Gesellschaften destabilisiert werden. Das Klimasystem wird, wenn es nicht vorher zu einem sozialistischen Umsturz der Verhältnisse kommt, zu einem Zeitpunkt und auf eine Weise wieder ins Gleichgewicht gebracht werden, die das Funktionieren der Weltwirtschaft nicht gefährden.

Ist eine bessere Welt möglich? Natürlich. Die besten Ansätze der beiden Richtungen linker Klimapolitik lassen sich zu einer überzeugenden Vorstellung darüber zusammenfügen, wie es gelingen könnte, ein gutes Leben für alle in einer intakten Umwelt zu ermöglichen. Insbesondere der Ausbau von *universal basic services*, also kostenlosen öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsvorsorge, Bildung, Verkehrsmittel, Ernährung, Kulturangebote und Wohnungswesen, die der kapitalistischen Logik entzogen werden,

könnte dazu beitragen, grüne Investitionsprogramme und eine Verringerung des wirtschaftlichen Wachstums zu verbinden. Eine solche Welt wäre mit dem Kapitalismus tatsächlich kaum noch vereinbar. Allein, der Kapitalismus zeigt keine Anzeichen von Schwäche.

In guter marxistischer Tradition schreibt die sozialistische Linke dem Kapitalismus eine permanente Krisentendenz zu, und es stimmt: Die kapitalistische Weltwirtschaft produziert Krisen zuhauf: Finanzkrise, Klimakrise, Coronakrise. Doch diese Krisen wurden dem Kapitalismus in seiner jahrhundertelangen Geschichte nicht zum Verhängnis; die Möglichkeiten, sie einzuhegen und ihre Folgen zu mildern, haben sich vervielfacht.

Wenn man heutzutage vom Kapitalismus spricht, spricht man nicht von einem idealtypischen System, das aus der marxistischen oder neoklassischen Ökonomie bekannt wäre, sondern vom real existierenden Kapitalismus des frühen 21. Jahrhunderts mit all seinen institutionellen Verflechtungen, juristischen Begleitstrukturen sowie nationalen und supranationalen Verwaltungsorganen. Dieses System ist nicht allmächtig, es hat seine Schwächen. Doch der heutigen sozialistischen Linken entgeht seine trotz allem bemerkenswerte Stabilität.

Eine gebildete Verwaltungsschicht, die in den Zentren des reicheren Länder einen signifikanten Bevölkerungsanteil ausmacht, kümmert sich darum, die systemimmanenten Widersprüche und Konflikte permanent zu mildern und unterstützt eine entsprechende moderat-reformistische Politik. Staaten und Zentralbanken ergreifen erstaunliche Maßnahmen, damit Finanzkrisen, Naturkatastrophen und Pandemien das System nicht ernsthaft ins Wanken bringen. Das Resultat ist eine Welt, in der die große Mehrheit stets zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben hat.

Verglichen mit den neunziger Jahren hat die sozialistische Linke in wohlhabenderen Ländern große Fortschritte erzielt. Sie traut sich wieder, konkrete Entwürfe für eine bessere Zukunft zu formulieren, statt sich hinter nebulösen Formulierungen und dem Anspruch, die Welt zu verändern, ohne Macht auszuüben, zu verstecken. In dieser Hinsicht sind die unterschiedlichen Entwürfe für einen »Green New Deal« und die Postwachstumsbewegung ein Zugewinn, sie verdienen auf jeden Fall, dass sich Sozialistinnen und Sozialisten kritisch und konstruktiv mit ihnen befassen.

Doch beide haben eine entscheidende Schwachstelle: Ihnen fehlt ein politisches Subjekt. Die sozialistische Linke sollte deshalb nicht nur konkretisieren, welche Zukunft sie eigentlich will, sondern auch, wer diese Zukunft erkämpfen soll. Der Kapitalismus wird nicht höflich verschwinden, weil linke Intellektuelle ihn darauf hinweisen, dass dies aufgrund ökologischer Sachzwänge nun einmal leider notwendig sei.

Falls das frühe 21. Jahrhundert Linke etwas lehren sollte, dann dies: Es rettet uns keine Krise. Krisen sind Momente relativer Schwäche und Desorganisation des Systems, doch sie haben nur in Ausnahmefällen seinen Untergang zur Folge. Eine Krise des kapitalistischen Weltsystems kann nur von einer bereits existierenden, starken sozialistischen Bewegung der arbeitenden Klasse als Chance genutzt werden. Eine solche existiert nur in wenigen Ländern der Welt, und nirgendwo in Europa.

Wer überzeugt ist, dass ein demokratischer Sozialismus des 21. Jahrhunderts ein besseres Leben für die große Masse der Bevölkerung bieten kann, sollte dies auch offensiv vertreten, statt sich auf die angeblich stets kurz bevorstehende Apokalypse zu berufen. Millionen Menschen leben bereits unter katastrophalen Zuständen, auch, aber nicht nur wegen der Klimakrise. Der sozialistischen Linken hilft dies bislang nicht.

Die globale Klasse der Lohnabhängigen kennt die brutale Realität des Kapitalismus nur allzu gut. Was ihr fehlt, ist der notwendige Organisationsgrad sowie eine sozialistische Bewegung, die glaubhaft dafür einstehen kann, Arbeiterinnen und Arbeitern ein besseres Leben bieten zu können. Nur so kann man all jene erreichen, denen das System nichts zu

bieten hat, die bislang vielerorts Sozialismus aber mit Stalinismus, Mief, Korruption, Stagnation und Einschränkung ihrer persönlichen Freiheiten verbinden.

Die einzige verlässliche soziale Basis für eine solche Politik ist und bleibt die Klasse der Lohnabhängigen in all ihrer Vielfalt. Die sozialistische Linke braucht ernsthafte und empirisch informierte Strategien und Konzepte, die an die jeweilige Lebensrealität dieser Menschen appellieren. Am Ende werden es Mitglieder dieser Klasse, nicht linke Intellektuelle sein, die über die Zukunft des Kapitalismus entscheiden. Solange sie keinen Sozialismus wollen, werden sie ihn auch nicht bekommen.

Einen Sozialismus ohne Sozialistinnen und Sozialisten wird es niemals geben, weder ein »Green New Deal« noch die Postwachstumsbewegung können ihn verwirklichen, solange sie die Lohnabhängigen nicht überzeugen. Es gibt keine grüne Abkürzung in eine rote Zukunft.

<https://www.jungle.world/artikel/2021/25/mobil-ohne-auto>

Autogerechte Stadtplanung ist in Berlin nicht mehr zeitgemäß

Mobil ohne Auto

Von **Marek Winter**

Tiefgreifende soziale und ökonomische Umbrüche machen eine autozentrierte Infrastruktur in den Städten nach und nach obsolet. In Berlin werden Forderungen nach einer Mobilitätswende und dem Ende des Autobahnausbaus lauter.

Am ersten Junisonntag dieses Jahres fand die traditionelle Fahrradsternfahrt des Berliner Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC Berlin e. V.) statt. Nach Schätzungen der Veranstalter beteiligten sich 20 000 Menschen. Dabei handelte es sich nicht um einen Massenausflug zum Sommeranfang, sondern um eine der größten regelmäßig stattfindenden verkehrspolitischen Demonstrationen in der Bundesrepublik.

Die im Homeoffice tätigen Bewohnerinnen und Bewohner innerstädtischer Gegenden sind auf ein eigenes Auto nicht mehr angewiesen.

Zwei der Hauptforderungen der Demonstrierenden waren ein Investitionsstopp für die allein auf Kraftfahrzeuge ausgerichtete Verkehrsinfrastruktur und der sukzessive Rückbau von Schnellstraßen und Autobahnen wie der Stadtautobahn A 100 zugunsten klimafreundlicher Verkehrslösungen. Dass dem erhebliche Widerstände entgegenstehen, war am Vortag der Fahrraddemonstration deutlich geworden. Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags für eine soziale und am Klimaschutz orientierte Mobilitätswende hatten 80 Personen den Bauabschnitt 16 besetzt, mit dem die A 100 von der Grenzallee zum Treptower Park ausgebaut, also nach Ostberlin verlängert werden soll. Ein rabiater Polizeieinsatz beendete den Protest.

Die Stadtautobahn, deren Bau Mitte der fünfziger Jahre im Westteil Berlins begann, ist eines der größten und umstrittensten Verkehrsprojekte der Stadt. Ursprünglich wurde sie als innerstädtischer Autobahnring geplant, dieses Vorhaben wurde jedoch mittlerweile aufgegeben. Dass sie nun in den Stadtteil Friedrichshain hinein ausgebaut wird, wirkt anachronistisch, sind die zugrunde liegenden Pläne doch Relikte aus einer Zeit, in der Stadtplanung sich vor allem am Ziel einer »autogerechten« Infrastruktur orientierte.

Wohnen, Arbeit und Konsum sollten räumlich getrennt und die dafür jeweils vorgesehenen Gebiete durch Straßentrassen verbunden werden, um einen ungehinderten Autoverkehr ermöglichen.

Bereits seit Anfang der siebziger Jahre wird diese Form der Stadtplanung wegen ihren negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen kritisiert. Seit einiger Zeit wachsen europaweit die Bemühungen, die Ergebnisse »autogerechter« Planung in den Städten praktisch zu überwinden. So sammelt seit April dieses Jahres die Initiative »Volksentscheid Berlin autofrei« Unterschriften für ein Volksbegehren, um im Innenstadtbereich innerhalb des S-Bahnringes den motorisierten Individualverkehr weitgehend einzuschränken. Wenn es gelingt, dafür bis September 20 000 Unterschriften zu sammeln, muss sich das Abgeordnetenhaus mit dieser Forderung befassen. Lehnen die Abgeordneten sie ab, müssten die in einem zweiten Schritt binnen vier Monaten 170 000 Unterschriften gesammelt werden, um 2023 einen Volksentscheid zu erzwingen.

Die Chancen für eine Verkehrswende in Berlin stehen nicht schlecht: Nicht nur Grüne und Linkspartei, die derzeit mitregieren, lehnen den Weiterbau der A 100 mittlerweile ab. Auch beim dritten Koalitionspartner, der den Regierenden Bürgermeister Michael Müller stellenden SPD, wächst die Skepsis. Tino Schopf, der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, sagte dem *Tagesspiegel*, man habe das Thema noch nicht ausdiskutiert. Noch 2010 hatte der Landesparteiverband der Sozialdemokraten den Weiterbau, den Berliner Unternehmen und Wirtschaftsverbände fordern, unterstützt.

Anfang Juni dieses Jahres beschloss der Senat Maßnahmen für mehr Klimaschutz in Berlin. Demnach soll mittelfristig der Innenstadtbereich für Fahrzeuge mit Benzin- oder Dieselmotor gesperrt und die Null-Emissions-Zone später auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt werden. Dieser zweite Schritt würde dann auch die A 100 betreffen.

Die Covid-19-Pandemie hat auch in Berlin die Diskussionen über die Zukunft innerstädtischer Mobilität befeuert. Noch nie seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Jahr 1990 gab es in der Zeit von März bis Juni deutschlandweit weniger Verkehrstote als 2020. Besonders bei PKW-Insassen sowie Fußgängerinnen und Fußgängern sank die Zahl deutlich, was auf die eingeschränkte Mobilität insbesondere während der ersten Pandemiewelle zurückzuführen ist.

Gleichzeitig erhöhte die Pandemie das Bedürfnis nach Mobilität abseits öffentlicher Verkehrsmittel, die viele wegen der Ansteckungsgefahr mieden. In diesem Zusammenhang wurde auch über eine Renaissance des Automobils diskutiert. Vor allem betrifft das aber den Fahrradverkehr: Auf den Straßen Berlins reichte der Platz für Fahrräder nicht mehr aus. Die Zweiradnutzung nahm in der Pandemie um bis zu 25 Prozent zu.

Durch die Einrichtung von sogenannten Pop-up-Fahrradwegen versuchten der Berliner Senat und die Bezirksämter, dem gestiegenen Bedarf zu begegnen. Dass damit grundlegende Probleme des innerstädtischen Verkehrs nicht gelöst werden, wurde Ende Mai in Friedrichshain deutlich. Beim Versuch, einen auf einem Pop-up-Radweg parkenden Transporter zu überholen, wurde dort eine Radfahrerin von einem LKW erfasst und tödlich verletzt. Eine darauffolgende Kundgebung mit mehreren Hundert Menschen zeigte, dass das Thema viele bewegt.

Mit der zögerlichen Abkehr von einer autozentrierten Stadtplanung folgt Berlin, wenn auch als Nachzügler, einem europaweiten Trend. So wurde in den vergangenen Jahren unter anderem in Kopenhagen, Oslo, Wien und Barcelona begonnen, durch Eingriffe in die Verkehrsplanung und den Ausbau der Radwege und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) den Autoverkehr zurückzudrängen. Selbst Paris, eine Stadt, in der sich noch vor 20 Jahren kaum jemand auf dem Rad in den Verkehr wagte, soll durch Investitionen in entsprechende Infrastruktur zur fahrradfreundlichen Stadt werden.

Diese Veränderungen sind nicht nur auf ein wachsendes Umweltbewusstsein der städtischen Bevölkerungen zurückzuführen, sondern auch auf gravierende ökonomische und soziale Umbrüche. Mit der Deindustrialisierung der europäischen Metropolen und der fortschreitenden Digitalisierung von Arbeit und Konsum wird zumindest in den gentrifizierten Innenstädten die Trennung von Wohnen, Arbeit und Konsum immer mehr obsolet. Die im Homeoffice tätigen Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gegenden sind auf ein eigenes Auto nicht mehr angewiesen.

Das Auto war nach dem Zweiten Weltkrieg für Angestellte und Arbeiter ein Statussymbol, sie demonstrierten damit ihre Teilhabe am wachsenden gesamtgesellschaftlichen Reichtum. In Zeiten sinkender Reallöhne und steigender Wohnkosten, gerade in Großstädten, stellt das eigene Kraftfahrzeug jedoch vorrangig eine zusätzliche und oft überflüssige finanzielle Belastung dar.

Die Abkehr von der »autogerechten« Stadt erfordert allerdings erhebliche Investitionen in die Infrastruktur. Analog zu dem seit der Finanzkrise 2008 verstärkt zu beobachtenden Erwerb von Immobilien als Anlageobjekte eröffnet der dadurch entstehende Kapitalbedarf der Kommunen für private Anleger die Möglichkeit, Kapital, das in der Privatwirtschaft nicht mehr gewinnbringend angelegt werden kann, in Form der staatlichen Kreditaufnahme zu investieren. Die urbane Verkehrswende, die der vom Autoverkehr geplagten Bevölkerung der Innenstädte einen Gewinn an Lebensqualität verspricht, ist damit auch Teil der unter dem Schlagwort »Green New Deal« subsumierten Modernisierung des Kapitalismus.

Das erklärt, warum diese in Deutschland langsamer durchgesetzt wird als in anderen europäischen Ländern. Trotz aller Absichtsbekundungen zum Klimaschutz ist die Automobilindustrie noch immer der ökonomisch wichtigste Wirtschaftszweig hierzulande. Sie ist auch deshalb so stark, weil der Absatz ihrer Produkte staatlicherseits nicht nur durch die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur, sondern im Krisenfall auch durch direkte Subventionen gestützt wird. Das Ziel, den motorisierten Individualverkehr grundlegend zugunsten von Klimaschutz und städtischer Lebensqualität zu reduzieren, ist damit nicht vereinbar.

<https://jungle.world/artikel/2020/42/grundsaeztlich-nicht-verkehrt>

Ein Besuch der virtuellen Konferenz »Global Green Deals Forum«

Grundsätzlich nicht verkehrt

Von **Sebastian Weiermann**

Die Pläne der EU-Kommission für einen »europäischen Grünen Deal« sind pragmatisch, wenn es um Konsum und Arbeit geht. Auch Linkspartei und Gewerkschaften wollen den Kapitalismus grüner und rücksichtsvoller machen.

Wenn es darum geht, wie Gesellschaften angesichts des drohenden Klimawandels die Zukunft gestalten sollen, liest man oft recht allgemeine Formulierungen. Die einen sprechen von der »sozial-ökologischen Revolution«, andere von einer »Großen Transformation«, Gegner auch gerne von einer »Ökodiktatur«. Die Frage, ob eine

ökologische Wende staatlich initiiert, aber von der Wirtschaft vollzogen werden kann, treibt auch die linke Debatte um.

Bei der Online-Konferenz »Global Green Deals Forum« Anfang Oktober blieben die Positionen schwammig. Eingeladen hatten die Friedrich-Ebert-Stiftung, der DGB und die Klima-Allianz Deutschland, ein Bündnis gesellschaftlicher Organisationen für den Klimaschutz. Dort diskutierte man etwa: »Wie sieht eine ökologische Wende aus, die auch sozial gerecht ist?« Kevin Kühnert, der Vorsitzende der Jusos, Luisa Neubauer, die deutsche Sprecherin der Bewegung Fridays for Future, und der Grünen-Politiker Ralf Fücks, der ehemals der Heinrich-Böll-Stiftung vorstand und mittlerweile den Think Tank »Zentrum Liberale Moderne« leitet, konnten bei ihrer Debatte unter dem Titel »Die sozial-ökologische Transformation als demokratische Herausforderung« keine konkreten Antworten liefern.

Kühnert plädierte dafür, Marktentwicklungen durch politische Steuerung zu beeinflussen und Arbeitsplatzgarantien auszusprechen, damit Beschäftigte sich sicher und wertgeschätzt fühlten. Neubauer forderte eine offene Debatte über neue Wirtschaftsmodelle. Diese sei bisher, »traumatisiert vom 20. Jahrhundert«, als sich Kapitalismus und Sozialismus gegenüberstanden, nicht geführt worden. Neubauer sagte mit Blick auf das Ziel, dass die Erde sich im Vergleich zur vorindustriellen Zeit nicht stärker als um 1,5 Grad Celsius erwärmen solle, es bedürfe einer neuen Definition dessen, was wirtschaftlicher Fortschritt sei. Ralf Fücks blieb die Rolle des Ökoliberalen, der Klimaschutz zwar wichtig findet, aber auf die Kräfte des Marktes vertraut. Außerdem mahnte er an, dass der Klimawandel »nicht über« demokratischen Prozessen stehe. Neubauer und Kühnert äußerten den Wunsch, dass sich Gewerkschaften und Klimabewegungen stärker vernetzen sollten.

Welche Rolle die EU-Kommission Staat und Wirtschaft bei der klimapolitischen Umgestaltung zuschreibt, zeigt ein Blick in die Mitteilung der zum »europäischen Grünen Deal«, die im Dezember 2019 veröffentlicht wurde. Auf 29 Seiten skizziert die Kommission einen Plan bis ins Jahr 2050. Darin heißt es schon im dritten Absatz, die Menschen sollten bei der grünen Erneuerung »an erster Stelle stehen«. Man darf durchaus vermuten, dieses Ziel lasse sich in einer kapitalistischen, also auf Profitmaximierung abzielenden Wirtschaft kaum erreichen, Skepsis ist also angebracht. Gleichwohl gibt es viel an dem Vorhaben, das sich grundsätzlich nicht verkehrt anhört. Die EU will beispielsweise die sogenannte Kreislaufwirtschaft fördern, um Rohstoffe einzusparen. Rücknahmesysteme sollen dafür Anreize schaffen, damit Menschen veraltete Telefone, Ladegeräte und Ähnliches häufiger zurückgeben. Es soll geprüft werden, ob für Konsumenten und Konsumentinnen ein Recht auf Reparaturen eingeführt werden kann und was gegen vom Hersteller bei der Produktion eingeplanten Verschleiß (*planned obsolescence*) vor allem bei Elektrogeräten getan werden kann. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen besser über Produkte informiert werden, um bei ihren Kaufentscheidungen »aktiv am ökologischen Wandel« mitwirken zu können. Dies soll auch gegen sogenanntes greenwashing helfen, also von Unternehmen eingesetzte Werbetricks, die darauf zielen, öffentlich umweltfreundlicher zu wirken, als sie es wirklich sind.

Auch bei Nahrungsmitteln soll sich einiges ändern. Die Strategie »Vom Hof auf den Tisch« soll die Entwicklung eines »fairen, gesunden und umweltfreundlichen Lebensmittelsystems« vorantreiben. Allgemein »erschwinglich« sollen diese Lebensmittel auch sein. Dazu soll beitragen, auf ökologisch produzierte Produkte einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu erheben. Bis 2030 soll die Biowurst dann auch in einer wiederverwendbaren oder recycelbaren Verpackung im Supermarkt liegen – wenn es denn »wirtschaftlich tragfähig« ist.

40 Prozent des Energieverbrauchs entfallen in der EU derzeit auf das Heizen, Kühlen und den Warmwasserverbrauch von Gebäuden. Zugleich haben dort 50 Millionen Menschen finanzielle Schwierigkeiten, die Beheizung ihrer Wohnungen zu bezahlen. Steigende Energiekosten erhöhen das Armutsrisiko. Dem möchte die EU-Kommission entgegenwirken. »Wirksame« Finanzierungsprogramme für die Renovierung von

Wohngebäuden sollen aufgelegt werden. Besondere Aufmerksamkeit sollen Häuser mit Sozialwohnungen bekommen. Unter den öffentlichen Gebäuden sollen zuerst Schulen und Krankenhäuser energetisch saniert werden. Die dadurch eingesparten Kosten sollen der Qualität im Bildungs- und Gesundheitswesen zugutekommen. Beim Verkehr will die Kommission weniger Flugreisen, mehr Gütertransport auf der Schiene und weniger umweltschädlichen Stadtverkehr.

In auffälliger Übereinstimmung mit den Plänen der EU-Kommission befinden sich Entwicklungen der vergangenen Wochen bei den Konzernen RWE und Thyssenkrupp. RWE schloss mit der Gewerkschaft Verdi einen Tarifvertrag für die Kohleindustrie, der den Beschäftigten neben finanziellen Absicherungen bei vorzeitigem Ausscheiden und auch Ansprüche auf umfassende Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gewährt. Christoph Schmitz vom Bundesvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi spricht in diesem Zusammenhang von einem »Meilenstein«. Die EU-Kommission nennt in ihrem Papier Umschulungen als zentrale Unterstützungsmaßnahme für die Beschäftigten aus den energieintensiven Industrien.

Sie verlangt zudem Förderungen beim klimaneutralen Umbau der betreffenden Branchen. Diesen Punkt greift die Gewerkschaft IG Metall in der Auseinandersetzung mit Thyssenkrupp auf. Der Stahlkonzern will Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entlassen. Die IG Metall fordert eine Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen an dem Konzern. Das Geld könne Thyssenkrupp dann in die klimaneutrale Stahlproduktion investieren. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sieht diesen Vorschlag bisher skeptisch. Auch die EU-Kommission will die Industrie eher fördern, als diese unter größere staatliche Kontrolle zu stellen.

Für die Linkspartei formulierte deren Vorsitzender Bernd Riexinger im März: »Unser Ziel ist es, dass die Industrieproduktion bis 2035 CO₂-neutral und energieeffizient gestaltet und die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger wird vom Export von Autos.« Eine solche Transformation könne nur gelingen, wenn sie sozial gerecht sei. Dazu brauche es umfangreiche staatliche Investitionen und demokratische Entscheidungen darüber, was und wie produziert werden soll. In seinem Buch »System Change: Plädoyer für einen linken Green New Deal« beschreibt Riexinger auch, wie gesellschaftliche Gruppen wie Fridays for Future oder die Gewerkschaften daran teilhaben sollen.

Bleibt es nicht bei bei fluffigen Formulierungen, könnte man sagen: Besser, man verwirklicht wenigstens die bereits gemachten Vorschläge, als gar nichts zu tun. Ob aber der »europäische Grüne Deal« wirklich so funktionieren kann, wie ihn sich die EU-Kommission vorstellt, ist unklar. Nicht nur die Finanzierbarkeit ist umstritten. Auch die Covid-19-Pandemie steht dem ambitionierten Zeitplan entgegen. Zahlreiche politische Entscheidungen, etwa eine Initiative zur Stärkung von Verbraucherinformation, die im Jahr 2020 getroffen werden sollten und als wichtige Weichenstellungen für zukünftige Entwicklung galten, wurden vertagt.

<https://jungle.world/artikel/2020/42/bruchlandung-auf-dem-mond>

Die EU-Kommission plant den grünen Sprung nach vorne

Bruchlandung auf dem Mond

Von **Anton Landgraf**

Die EU will bis 2050 ein klimaneutrales Wirtschaftssystem schaffen und zur technologischen Führungsmacht werden. Nicht alle Mitgliedstaaten unterstützen das Vorhaben gleichermaßen.

Wenn es um das Klima geht, ist EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen um keinen Superlativ verlegen. Der »europäische Grüne Deal« sei mit der Mondlandung in den sechziger Jahren vergleichbar, sagte sie Ende vergangenen Jahres, als sie die Klimaziele der Kommission vorstellte. Tatsächlich ist es ein ambitioniertes Vorhaben, Europa bis 2050 in einen klimaneutral bewirtschafteten Kontinent zu verwandeln. Rund eine Billion Euro möchte die EU allein in den kommenden zehn Jahren investieren, um die Energieversorgung, die Industrie, den Verkehr und die Landwirtschaft umzubauen.

Beim »Grünen Deal« geht es aber nicht nur darum, Emissionen zu reduzieren. Die EU-Kommission verspricht sich von ihm auch Wirtschaftswachstum. Er soll Europa weltweit an die Spitze der technologischen Entwicklung bringen und neue Arbeitsplätze schaffen. Das alte, auf fossilen Energieträgern basierende Produktionsmodell möchte die Kommission durch ein klimaneutrales ersetzen.

Bis es so weit ist, hat die EU-Kommission einige Etappenziele vorgegeben und zahlreiche Maßnahmen beschlossen. So soll der CO₂-Ausstoß bis 2030 um 55 Prozent sinken, wie sie im September mitteilte. Ursprünglich waren 40 Prozent vorgesehen. Die Industrie und das verarbeitende Gewerbe dürfen langfristig nur noch mit erneuerbarer Energie arbeiten, weshalb Windkraft- und Offshore-Anlagen stark ausgebaut werden. Vorgesehen sind außerdem ein umfangreiches Programm zum Schutz und zur Wiederaufforstung von Wäldern sowie neue Energiesparmaßnahmen unter anderem durch die Sanierung von Gebäuden. Um die E-Mobilität zu fördern, sollen in den kommenden Jahren mindestens eine Million neue Ladestationen für Elektrofahrzeuge entstehen. Die EU-Kommission will außerdem die Batterieherstellung stärker subventionieren, den Flugverkehr verringern und strengere Regeln für den Schiffsverkehr einführen. Zudem erwägt sie eine Steuer auf Importe aus Ländern, die die EU-Standards beim Klimaschutz nicht einhalten.

Für die EU drängt die Zeit. Denn sie steht in direkter Konkurrenz zu den USA und China, die jeweils die technologische Führung bei der Etablierung eines möglichst klimaneutralen Kapitalismus übernehmen wollen.

Eine zentrale Rolle für den geplanten Umbau spielt der Emissionshandel (ETS). Luftfahrtunternehmen sowie Unternehmen energieintensiver Branchen müssen seit 2005 Zertifikate erwerben, um über eine bestimmte Grenze hinaus CO₂ ausstoßen zu dürfen. Dieser Handel soll künftig in Deutschland für alle übrigen CO₂-Emissionen, die durch Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas entstehen, erweitert werden. Er gilt dann für den

Bereich der Schifffahrt und für Unternehmen, die Benzin, Diesel oder Heizöl verkaufen. Etwa zwei Drittel der CO₂-Zertifikate werden an Börsen gehandelt, zum Tagespreis oder auf Termin. Emissionsrechte sind also Spekulationsobjekte. Kraftwerksbetreiber und Stahlkonzerne handeln mit ihnen, aber eben auch Hedgefonds und Investmentbanken. Mit den neuen klimapolitischen Vorgaben der EU-Kommission werden die Preise steigen.

Die Kritik an den neuen EU-Vorgaben ließ nicht lange auf sich warten. Wenig überraschend teilte der deutsche Verband der Chemischen Industrie (VCI) mit, er halte das Ziel von 55 Prozent für »extrem ambitioniert« und »flankierende Maßnahmen« für notwendig. Die energieintensiven Branchen befürchten, dass die Produktion in Länder mit weniger strengen Umweltregeln abwandert.

Widerstand gegen den »Grünen Deal« kommt aber auch von den osteuropäischen EU-Staaten. In Polen, Ungarn und Tschechien basiert die Stromversorgung größtenteils noch auf fossilen Energieträgern. So steht in der polnischen Gemeinde Bełchatów, rund 500 Kilometer östlich von Berlin, das größte Braunkohlekraftwerk der Welt. Mehr als 45 Millionen Tonnen Kohle werden dort jährlich verstromt, wodurch 30 bis 40 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre gelangen. Damit stößt das Werk mehr Treibhausgase aus als die gesamte Slowakei oder Irland.

Da Kohlekraftwerke jedoch nur eine bestimmte Menge an Emissionen ausstoßen dürfen, muss die polnische Regierung der Rest mit dem Ankauf von Emissionsrechten ausgleichen. Lange Zeit konnten diese Rechte günstig erworben werden, doch zuletzt ist der Preis pro Tonne CO₂ deutlich gestiegen – Kosten, die der Staat tragen muss.

Die polnische Regierung prüft daher die Möglichkeit, aus dem EU-Emissionshandel auszusteigen – und damit aus einem zentralen Element des »europäischen Grünen Deals«. Auch die tschechische Regierung hat die EU-Kommission kürzlich aufgefordert, den »Grünen Deal« zu vergessen und sich stattdessen auf die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise zu konzentrieren. Sie steht dem Klimavorhaben der EU ohnehin skeptisch gegenüber.

Um die osteuropäischen Staaten zu überzeugen, will die EU-Kommission ab 2021 Staaten im Strukturwandel mit dem »Just Transition Fund« unterstützen. An die 100 Milliarden Euro werden bereitgestellt, um den Übergang zu finanzieren. Die polnische Regierung hat jedoch schon moniert, dass der Betrag nicht ausreichend sei.

Andere EU-Staaten sind da schon weiter. So will Schweden bis 2045 klimaneutral sein, Österreich möchte dieses Ziel bereits bis 2040 erreichen. In beiden Ländern unterscheiden sich die Ausgangsbedingungen gravierend von denen in Osteuropa. In Österreich zum Beispiel tragen erneuerbare Energien bereits jetzt rund 75 Prozent zur Stromerzeugung bei, dank des hohen Anteils von Wasserkraft, den die gebirgige Natur des Landes ermöglicht. In Schweden, das sich vollständig selbst mit Energie versorgen kann, liegt der Anteil der fossilen Träger gerade mal bei fünf Prozent. In Polen sind es fast 80 Prozent.

Es sind aber nicht nur die extremen regionalen Unterschiede, mit denen die EU-Kommission zu kämpfen hat. Selbst in den wirtschaftlich starken Ländern fehlt oft der politische Wille, Änderungen durchzusetzen. So hat die Bundesregierung, die sich gern als Vorreiterin in der Klimapolitik geriert, wenig Anlass, stolz zu sein. Die CO₂-Emissionen durch den Straßenverkehr sind in Deutschland im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Das liegt unter anderem daran, dass sich große SUVs mit hohem Ausstoß weiterhin bestens verkaufen. Der Wandel hin zur E-Mobilität kommt hingegen spät und zögerlich. Klare Signale wie in Frankreich, wo die Produktion von Verbrennungsmotoren 2040 verboten werden soll, sind von der Bundesregierung bislang nicht zu vernehmen. Die Niederlande und Irland wollen sogar schon 2030 nur noch Autos ohne Verbrennungsmotor neu zulassen. Mit dem bisherigen Maßnahmenkatalog wird Deutschland jedenfalls bis 2030 nicht die neuen Klimaziele der EU erreichen können.

Für die EU drängt die Zeit. Denn sie steht in direkter Konkurrenz zu den USA und China, die jeweils die technologische Führung bei der Etablierung eines möglichst klimaneutralen Kapitalismus übernehmen wollen. So kündigte der US-Präsidentschaftskandidat Joe Biden an, im Fall seines Wahlsiegs die USA zur führenden Kraft im Klimaschutz zu transformieren. Bis 2035 will er insgesamt zwei Billionen US-Dollar in saubere Energien investieren lassen und die CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung stark verringern. Doch die USA haben teils mit ähnlichen Problemen wie Europa zu kämpfen. Insbesondere die nordöstlichen Staaten des sogenannten Rust Belt mit ihren energieintensiven Industrien sind weit von einem ökologischen Strukturwandel entfernt. Auch hält Biden sich mit Aussagen zurück, wie er es mit der fossilen Fracking-Industrie halten will.

Bei der E-Mobilität haben die USA und andere Staaten die EU hingegen schon längst hinter sich gelassen. So fahren 38 Prozent aller weltweit zugelassenen Elektroautos auf US-amerikanischen Straßen, 24 Prozent in Japan und gerade mal elf Prozent in der EU, davon drei Prozent in Deutschland. Zudem gelten für Autohersteller in den USA, China und selbst in Indien strengere Vorgaben für den Benzinverbrauch ihrer Motoren als in der EU. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien verlagert sich seit Jahren in andere Kontinente. China und die USA haben die EU beim Ausbau der Windkraft abgehängt, bei der Photovoltaik ist China unangefochten Spitzenreiter. Bis zur klimapolitischen Mondlandung hat die EU also noch einen langen Weg vor sich.